

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

(A) der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1817**. Wer ist für diese Beschlussvorlage? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen**.

Zur Vorbereitung auf die dritte Lesung, liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen wir nun ab über die **Rücküberweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002 an den Haushalts- und Finanzausschuss** ab. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Rücküberweisung einstimmig **beschlossen**.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun **Nummer 3** auf:

Einzelplan 11: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

mit den Teilbereichen a) Frauen, b) Jugend und Familie und c) Gesundheit. Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/1811 sowie auf die Änderungsanträge der CDU und FDP hin. Das sind die laufenden Nummern 106 bis 126 Ihrer Tischvorlage außer der Nummer 123; denn dieser Änderungsantrag wurde inzwischen von der FDP-Fraktion zurückgezogen.

(B)

Ich eröffne die Beratung zum Teilbereich

a) Frauen

und erteile für die CDU der Kollegin Gemkow das Wort.

Angelika Gemkow (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die wirkliche Gleichstellung von Mann und Frau in Gesellschaft und Arbeitsleben ist für uns als CDU ein wichtiges Ziel. Wir unterstützen die Wahlfreiheit der Frauen, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Wir unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit. Gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit, Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf und der Wiedereinstieg in den Beruf sind auch Ende des Jahres 2001 wichtige Themen für uns Frauen.

Mit der im Landtag breit angelegten Debatte zum Gender-Mainstreaming wird die Verantwortung für chancenorientiertes Handeln in die jeweiligen politischen Fachbereiche verlagert. Das heißt,

Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche in Nordrhein-Westfalen. Das bedeutet, dass Gender-Mainstreaming den Handlungsradius traditioneller Frauen- und Gleichstellungspolitik erweitert. Alle Bereiche der Landespolitik, alles Handeln der rot-grünen Landesregierung muss sich daran messen lassen, ob Frauen und Männer gleiche Chancen in Nordrhein-Westfalen haben. Wir stellen erheblich Defizite zwischen Wunsch und Wirklichkeit fest.

Fangen wir beim Thema Arbeit an: Ministerpräsident Clement hat versprochen, die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Stattdessen steigt die Massenarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen dramatisch. Wir haben 25 % mehr Arbeitslose als in anderen Bundesländern. Von 780.000 Arbeitslosen sind 333.000 Frauen.

Was tun Sie eigentlich für diese arbeitslosen Frauen? - Eine gute Wirtschaftspolitik - das haben wir gestern in der Debatte gehört - schafft Arbeitsplätze natürlich auch für Frauen. Wir brauchen flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer. Wir brauchen mehr Existenzgründerinnen. In Nordrhein-Westfalen muss die landesweite Selbstständigenlücke geschlossen werden. Das bringt Arbeit für Frauen.

(D) Wir unterstützen die Förderung neuer Arbeitsformen und wollen mehr Frauen in Führungsfunktionen in der gesamten Wirtschaft, im öffentlichen Dienst und in der Hochschule. In all diesen Bereichen treten wir in Nordrhein-Westfalen allerdings auf der Stelle. Viel wird geredet, wenig verbessert sich. Das sind die Aussichten für 2002.

Statt nach vorne zu denken und Chancen zu nutzen, werden Frauen von der rot-grünen Landesregierung sogar noch diffamiert. Ich nenne die vielen Frauen, die in Nordrhein-Westfalen im Haushalt arbeiten. SPD und Grüne streichen im Bund mit Zustimmung dieser Landesregierung die Steuervorteile mit dem fadenscheinigen Argument, das sei Politik nur für Reiche. Sie sagen: Wir wollen kein Dienstmädchenprivileg. - Wer Frauen im Haushalt als Dienstmädchen bezeichnet, der ist auf einem Trip von vor 200 Jahren, und das halten wir für eine glasklare Diffamierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wer den Haushalt und die einfachen Dienstleistungen gesellschaftlich nicht anerkennt, ist arrogant und überheblich. Denn hier liegen Chancen

(Angelika Gemkow [CDU])

(A) für Hunderttausende neue Arbeitsplätze. Letztlich führt die fehlende Wertschätzung vieler Dienstleistungsberufe - diese fehlende Wertschätzung stellt man in der Gesellschaft ganz dramatisch fest; das gilt im Übrigen auch für die Pflegeberufe - dazu, dass immer weniger Frauen in diesen wichtigen Berufen arbeiten wollen.

Im Landtagswahlkampf hat die rot-grüne Landesregierung erhebliche Propaganda mit dem Programm "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk" gemacht. Sie haben Werbefeldzüge gestartet, sind überall im Lande herumgefahren und haben dafür geworben. Im Haushaltsentwurf haben Sie dafür keine müde Mark vorgesehen. Jetzt habe ich gehört, dass gestern ein Haushaltsansatz gebildet worden ist, weil es im Lande zu massiven Protesten gekommen ist. Das ist Politik, wie wir sie nicht wollen.

Erhebliche Kürzungen gibt es auch bei Maßnahmen zur Förderung von Frauen im Hochschulbereich. Professorinnen muss man in Nordrhein-Westfalen leider immer noch mit der Lupe in den Unis suchen.

(B) Frauen in der Landwirtschaft haben in Nordrhein-Westfalen überhaupt keine Lobby. Sie kürzen das Aktionsprogramm "Frauen im ländlichen Raum" und die Unterstützung der Servicebüros Landfrauen, alles Kürzungen von Finanzmitteln zur Förderung von Frauen, die die Existenz der Familien auf vielen Höfen in unserem Land Nordrhein-Westfalen sichern. Durch den beliebten Verkauf in den Hofläden - viele von Ihnen kaufen sicherlich ebenfalls auf den Höfen - und den Tourismus sichern viele Familien ihre Existenzen.

Stattdessen erhöhen Sie die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit wie überall in den Etats, drucken neue Hochglanzbroschüren, finanzieren teure Messestände und halten Sonntagsreden zur Familienpolitik. "Hochglanzbroschüren statt Politik" heißt mittlerweile die Landesdevise in NRW.

Ich darf Ihnen einmal ein Plakat zu dieser Aktion von Frau Höhn zeigen. Leider ist sie heute nicht hier; vielleicht hält sie wieder irgendwo eine Rede oder richtet ein neues Modellprojekt ein. Ich darf Ihnen einmal ein Plakat zeigen, das Schweineplakat.

(Die Rednerin hält ein Plakat hoch.)

Hier geht es um eine Aktion, die im Lande plakatiert wird. Sie sehen hier eine niedliche Kuh, ein Schwein und ein Huhn.

(Ministerin Birgit Fischer: Die Schweine ressortieren aber nicht im Frauenministerium! - Weitere Zurufe von der SPD: Das ist ein anderer Haushalt!)

Dafür werden 4 Millionen DM ausgegeben, aber im Frauenbereich wird das Geld gestrichen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein beliebtes Thema vieler Reden hier im Lande. Deutschland hat die niedrigsten Geburtenrate, NRW gehört zu den Bundesländern mit der niedrigsten Erwerbsquote von Frauen. Sie reden die Kinderbetreuungsmöglichkeiten in NRW schön. Wir stellen fest: Es gibt zu wenige Unterbringungsplätze für Kinder unter drei Jahren, es gibt zu wenige Hortplätze, es fehlen Ganztagsangebote in allen Schulformen.

Frauenpolitik ist auch Familienpolitik. Völlig unverständlich ist die Kürzung im Bereich der Frauen- und Familienhilfe oder auch der Familienereholungsmaßnahmen.

Ich persönlich finde es ausgesprochen entwürdigend, dass jedes Jahr im Haushaltsplanentwurf z. B. die Mittel für Alternationsmaßnahmen gestrichen werden. Sie sind eine ganz wichtige soziale Maßnahme für ältere Frauen; die können sich nämlich einen Urlaub ohne finanzielle Unterstützung nicht leisten. Jährlich betteln wir um die Wiederaufnahme dieser Position in den Haushalt. In diesem Jahr ist wieder die Streichung vorgesehen. Ich finde das wirklich entwürdigend.

Im Alter würdig leben - das ist die Meinung der CDU in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung ist fast vollständig aus der Fürsorge für ältere pflegebedürftige Menschen - das sind meistens Frauen - ausgestiegen. Sie kürzt die Mittel für dringend nötige Pflegeplätze. Sie geben kein Geld mehr für die Modernisierung alter, sanierungsbedürftiger Pflegeplätze aus. Sie streichen auch die Mittel für Hauswirtschaftsdienste für Senioren. Vieles an sozialer und ehrenamtlicher Arbeit bleibt künftig auf der Strecke.

Stattdessen plant die Landesregierung wieder neue Modellversuche, die sich im Lande gut vermarkten und verkaufen lassen. Es gibt dann wieder neue Broschüren und neue Termine, auf de-

(C)

(D)

(Angelika Gemkow [CDU])

(A) nen man sich präsentieren kann. Die Strukturen, die ich hier bemängele, bleiben aber in vielen Bereichen dieselben.

Diese Politik ist meines Erachtens gegen ältere Frauen gerichtet. Ich halte sie für verantwortungslos.

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt natürlich im Bereich der Frauenpolitik erfreulicherweise auch sehr viele Übereinstimmungen unter den Fraktionen in unserem Hause, beispielsweise beim Thema "Gewalt an Frauen", "Menschenhandel", "Prostitution" oder auch "sexueller Missbrauch" ist; dies sind nur einige Punkte, bei denen Konsens besteht. Man darf auch positiv erwähnen, dass das Klima in den Sitzungen des Frauenausschusses immer ausgesprochen angenehm ist, auch wenn wir in manchen Punkten unterschiedlicher Meinung sind und diese dann auch vortragen.

Dieses Einvernehmen muss auch im Jahre 2002 erhalten bleiben. Es muss viel getan werden. Wir bieten unsere Zusammenarbeit im Bereich der Frauenpolitik an. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

(B) **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gemkow. - Für die SPD spricht jetzt Frau Drewke.

Renate Drewke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! SPD-Frauenpolitik ist im Haushalt für das nächste Jahr durch drei Linien gekennzeichnet: Erstens durch das frauenpolitische Kapitel des Einzelplans 11, zum Zweiten durch die Frauenförderprogramme in den anderen Einzelplänen und durch Gender-Mainstreaming als Instrumentarium in allen Politikbereichen, um die Auswirkungen unserer Maßnahmen, also auch finanzielle Konsequenzen auf Männer und Frauen, in den Blick zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Frauenhaushalt im Einzelplan 11 wird unsere bewährte Politik der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, der Förderung der Erwerbstätigkeit und der beruflichen Chancengleichheit sowie der gerechten Teilhabe in allen Lebensbereichen, um die uns viele Frauen in anderen Bundesländern beneiden, gesichert und

- trotz der schwierigen Haushaltslage - teilweise (C) noch ausgebaut.

Wenn ich Frau Gemkow richtig verstanden habe, unterstützt sie ja im Prinzip unsere Frauenpolitik und bedauerte in ihrer Rede lediglich, dass wir an der einen oder anderen Stelle - zumindest im Entwurf des Haushaltsplans - Kürzungen bei Projekten, die uns am Herzen liegen, hinnehmen mussten.

Ich will als Erstes auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen eingehen. Das ist ein Thema, das zurzeit aufgrund der Initiative der SPD-geführten Bundesregierung hoch aktuell ist. Morgen werden wir die Änderungen des Polizeigesetzes beraten, mit denen wir der Polizei neue Befugnisse übertragen, damit die häusliche Gewalt nicht mehr verharmlosend als Familienstreitigkeit erscheint. Häusliche Gewalt ist dann wie jede andere im öffentlichen Raum verübte Gewalt zu ahnden und das Opfer durch die Wohnungsverweigerung des Täters wirksam zu schützen.

Selbstverständlich löst diese Neuregelung überall im Land Kooperations- und Vernetzungsnotwendigkeiten aus, um den Opfern, meist Frauen und Kindern, Beratung und Hilfe zuteil werden zu lassen, damit sie eine realistische Alternative und eine Perspektive ohne Gewalt für sich erkennen (D) können. Dafür haben die Koalitionsfraktionen gegenüber dem Haushaltsentwurf zusätzliche Mittel in Höhe von 1 Million Euro bereitgestellt.

Um die bewährte fachliche Arbeit der Frauenhäuser, der Frauenberatungsstellen, der Notrufe und der autonomen Mädchenhäuser auf Landesebene nicht nur zum Thema häusliche Gewalt koordinieren zu können, sondern auch eine jederzeitige Ansprechbarkeit durch eine einheitliche landesweite Telefonnummer sicherzustellen, haben wir 200.000 Euro zusätzlich vorgesehen. Ich bin davon überzeugt, dass es uns damit gelingen wird, die neue Qualität des Bundes- und Landesrechts für die Frauen und für die Öffentlichkeit erfahrbar zu machen.

Mit der Überrollung der Mittel für Frauenberatungsstellen wird es uns möglich sein, mindestens eine neue Beratungsstelle in die Landesförderung aufzunehmen. Damit kommen wir unserem Ziel, in jeder kreisfreien Stadt und in jedem Kreis ein solches Angebot vorzuhalten, das gerade auch im Hinblick auf die neue Rechtslage zur häuslichen Gewalt unverzichtbar ist, näher.

(Renate Drewke [SPD])

(A) Ein weiterer Punkt unserer Beratungen zum Haushaltsentwurf der Landesregierung war die Streichung der Unterbringungskosten für Menschenhandelsopfer mit der Begründung, dass dafür die Kommunen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständig seien. Das ist auch so. Aber wir haben keine Handhabe, den Kommunen vorzuschreiben, wie die Frauen unterzubringen sind. Die Vorstellung, sie müssten im Extremfall neben ihren Zuhältern und Peinigern in einer Sammelunterkunft wohnen und dort auf den Prozess warten, in dem sie als Zeuginnen aussagen müssen, erschien uns absurd. Deshalb haben wir die Mittel wieder eingesetzt.

(Beifall von Gerda Kieninger [SPD])

Zuständigkeitsrängeleien dürfen nicht zu Lasten der Opfer gehen. Das Ziel, den organisierten internationalen Menschenhandel wirksam zu bekämpfen, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Wir werden das im nächsten Jahr mit allen Beteiligten diskutieren müssen.

Ein zentraler Punkt unserer Frauenpolitik ist die Förderung der Erwerbstätigkeit und der beruflichen Chancen für Frauen. Insbesondere die Bereiche, in denen deutliches Beschäftigungswachstum erkennbar ist, müssen auch für Frauen nutzbar gemacht werden. Das sind die neuen Medien und die Informations- und Kommunikationstechnologie, aber auch die Mikroelektronik, die Bio- und Gentechnologie, die Energietechnik und die Umwelttechnologien.

(B) Durch Maßnahmen zur Berufswahlorientierung, durch die "Linie i", durch den Landeswettbewerb "Frauenfreundlicher Betrieb", durch die Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf", durch das Mentoring-Projekt der Agentur Kim und viele andere Projekte wird auch im nächsten Jahr auf Mädchen und junge Frauen eingewirkt, berufliche Chancen zu ergreifen und für sich zu nutzen.

Insofern, Frau Gemkow, sind wir mit diesen Initiativen auf gutem Wege. Wir können auf Erfolge verweisen, auch was den Bereich der Existenzgründerinnen anbelangt. Das wissen Sie auch, weil wir es im Ausschuss diskutiert haben.

Die Aktivitäten richten sich nicht nur an die Frauen, sondern auch an die Betriebe, die zunehmend erkennen, dass frauenfreundliche Personalpolitik nicht nur sozialpolitisch wünschenswert, sondern auch betriebswirtschaftlich sinnvoll ist. Unterstützt und gefördert werden diese Ziele zur hö-

heren Erwerbsbeteiligung von Frauen durch das Netz der Regionalstellen "Frau und Beruf", die auch im nächsten Jahr aus Landesmitteln gefördert werden. (C)

Dem Problem der Schwarzarbeit und der geringfügigen Beschäftigung in privaten Haushalten entgegenzuwirken, ist die Aufgabe, die sich die drei Dienstleistungspools in NRW gestellt haben. Damit haben wir im Prinzip einen Weg beschritten, der ein Stück weit anders aussieht als die steuerrechtliche Bevorzugung von Beschäftigungsverhältnissen in privaten Haushalten für besonders privilegierte Gruppen.

Mit ihnen konnte nachgewiesen werden, dass für professionelle und legale Haushaltsdienstleistungen durchaus Nachfrage besteht und Haushalte auch bereit sind, dafür mehr als den üblichen Schwarzmarktpreis zu zahlen. Unter Berücksichtigung der Overheadkosten können diese Modellprojekte aber nicht marktfähig sein. Deshalb müssen wir nach neuen Wegen suchen, um der richtigen Idee zum Durchbruch zu verhelfen. Dafür brauchen wir Zeit und eine intakte Infrastruktur der Dienstleistungspools. Deshalb haben wir die vorgesehene Auslauffinanzierung für das nächste Jahr zurückgenommen.

Möglicherweise sind die Haushaltsdienstleistungen geeignet, die Machbarkeit der viel diskutierten Subventionierung von Niedriglöhnen zu belegen. Viel spricht dafür, zumal in diesem Bereich hauptsächlich gegen Schwarzarbeit konkurriert wird und damit Bedenken hinsichtlich möglicher Mitnahmeeffekte ins Leere gehen. Wir werden das gemeinsam mit den beiden Häusern, dem Frauenministerium und dem Arbeitsministerium, sowie den Trägern diskutieren. Die Bereitstellung der Mittel für die Weiterführung der drei Dienstleistungspools im Einzelplan 11 sowie die zusätzlichen Mittel im Einzelplan 15 verschaffen uns Luft, ein wirksames Konzept zu entwickeln. (D)

Auf eine Förderung aus dem dritten Schwerpunkt des Frauenetats möchte ich an dieser Stelle eingehen. Es sind die Projekte zur Unterstützung von ausstiegswilligen Prostituierten. Ich habe mich sehr gefreut, dass wir im Frauenausschuss einmütig der Auffassung waren, dass diese Projekte nicht eingestellt werden dürfen. Gleichwohl kommt aus unserer Sicht den Kommunen hier eine besondere Rolle zu. Schließlich sind sie es, die Sozialhilfe einsparen, wenn ehemalige Prostituierte ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätig-

(Renate Drewke [SPD])

(A) keit bestreiten. Das müssen wir mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Kommunen diskutieren. Dass die CDU-Fraktion einen Antrag in zweiter Lesung wieder eingebracht hat, den sie im Frauenausschuss zurückgezogen hat, kann ich nicht verstehen. Die Koalitionsfraktionen hatten einen Antrag vorgelegt, der eine stärkere Erhöhung vorgesehen hat. Sie sind dem gefolgt und haben ihren Antrag zurückgezogen. Heute legen Sie ihren Antrag in der zweiten Lesung wieder vor. Weiß der Kuckuck, wie Sie das begründen. Ich weiß es nicht.

(Gerda Kieninger [SPD]: Das würde ich auch gerne wissen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frauenpolitik ist Gesellschaftspolitik. Das wird im vorliegenden Haushalt nicht nur im Frauenetat deutlich. Ganz besonders hinweisen möchte ich aus frauenpolitischer Sicht auch auf die großen Anstrengungen, die das Land zur Kinderbetreuung und hier zunehmend für Schulkinder unternimmt. Kollege Flessenkemper wird dies gleich in seinem Beitrag zum Haushalt dezidiert darstellen.

(B) Ganz im Sinne des Prinzips des Gender-Mainstreamings verfolgen wir auch in anderen Einzelplänen das Ziel, die besondere Situation von Frauen zu erfassen und die objektive Benachteiligung von Frauen zu beseitigen. Daher sind vielfach neben den reinen frauenfördernden Ansätzen, z. B. im Hochschulbereich oder im Programm "Neue Berufsfelder für Frauen in Handwerk und Technik", Mittel in anderen Programmen für Frauen reserviert, oder es wurde durch Haushaltsvermerke sichergestellt, dass Frauen in ihrer prozentualen Betroffenheit an der jeweiligen Zielgruppe entsprechend von den Maßnahmen erreicht werden. Damit schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe.

Um die Wirksamkeit dieses Ansatzes beurteilen zu können, müssen einschlägige Daten geschlechtsspezifisch erhoben und Anstrengungen unternommen werden, Frauen mit den Angeboten tatsächlich zu erreichen. Die gerechte Partizipation von Frauen an diesen öffentlichen Mitteln ist dabei kein Selbstzweck. Wir verfolgen vielmehr das Ziel, die Repräsentanz von Frauen in den Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, zu erhöhen. Das gilt für zukunftssträchtige Berufe genauso wie für Professorenstellen in den Hochschulen.

(C) Alles in allem haben wir mit dem Haushalt eine gute Grundlage, Frauenpolitik auch im nächsten Jahr wirkungsvoll zu gestalten. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Drewke. - Für die FDP erteile ich jetzt Frau Capune-Kitka das Wort.

Brigitte Capune-Kitka (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist immer wieder schön - wie schon gesagt wurde -, welches Einvernehmen in diesem Frauenausschuss, besonders am Ende der Haushaltsberatungen, herrscht. Ich muss schimpfen, denn ich empfinde die letzten drei Monate als unerträglich, und zwar deshalb, weil es für mich Schattenkämpfe der rot-grünen Koalitionspartner waren.

Der Haushaltsentwurf wurde veröffentlicht, Verbände und Einrichtungen, Mitarbeiter und Hilfsuchende monatelang verunsichert, haufenweise Briefe an Fraktionen und Abgeordnete geschrieben und um Hilfe gebeten, die Beratungsstellen oder die geschützte Wohnung nicht zu verlieren und das Programm weiterführen zu können. (D)

(Vorsitz: **Vizepräsident Jan Söffing**)

Von Frau Ministerin Fischer hörten wir, es seien nur Projekte mit einer Anschubfinanzierung gewesen. Jetzt seien sie gelungen, nun müssten die Kommunen in der Lage sein, sie weiterzuführen. Wir wissen aber genau, dass die Kommunen dazu nicht in der Lage sind.

Wir haben zweitägige Anhörungen zum Gewaltschutzgesetz gehabt, und gleichzeitig ist im Haushalt, selbst im Haushaltsentwurf, das Geld für die Stellen geschützt, die dafür zur Verfügung waren.

Frau Ministerin, Sie sind doch auch Abgeordnete und Mitglied der Fraktion. Sie wissen doch, was hier diskutiert wird. Ich hätte mir gewünscht, dass schon in dem Entwurf, wo auch Ihre Vorschläge für Kürzungen enthalten sind, die Haltung der Frauen in Ihrer Koalitionsfraktion wirklich beachtet worden wäre.

Über eines müssen wir uns klar sein: Jedes Jahr bängen die Einrichtungen und Beratungsstellen um ihr Geld. Die Mitarbeiter schreiben. Sie wissen

(Brigitte Capune-Kitka [FDP])

(A) nicht, ob sie ihr Projekt weiterführen können. Sie verwenden viel Kraft darauf, die ich viel lieber da hätte, wo es nötig wäre, nämlich in der Behandlung und der Beratung ihrer Klientel.

Ihre Inszenierung legt damit für mich den Verdacht nahe, dass es nur darum geht, sich Bälle zwischen Regierung und den Abgeordneten zu zuwerfen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Genau!)

Das Ganze erscheint mir wie ein Scheinwahlkampf. Ich finde diese Diskussion für uns Abgeordnete, aber besonders auch für die Beratungsstellen und für die Menschen, mit denen wir zu tun haben und für die wir verantwortlich sind, unerträglich.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Genau!)

Insofern wünsche ich mir für die Zukunft, dass wir darüber nachdenken, wie wir vorhandene Projekte überarbeiten, konsolidieren und nicht neuen Beratungsbedarf schaffen, sondern schauen, was wir zusammenlegen können, wie wir die vorhandenen Mittel - die jedes Jahr im Haushalt sicher sein müssen - in einer Haushaltssystematik für Projekte so zusammenfassen, dass wir dem Bedarf der Frauen wirklich gerecht werden und nicht jedes Jahr wieder neu anfangen müssen, zu diskutieren und alle zu verunsichern. Dazu gehört auch Evaluation.

(B)

Ansonsten habe ich mich gefreut, dass wir es geschafft haben, alles für die Frauen zu tun, was in unserer Hand lag. Wir sind mit dem Abstimmungsergebnis am Ende sehr zufrieden. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Capune-Kitka. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Hürten das Wort.

Marianne Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen, unter denen der Haushaltsentwurf 2002 erstellt werden musste, hatte die Landesregierung insbesondere zu zwei Mitteln gegriffen, um die Mindereinnahmen zu kompensieren: Kürzung bis hin zur geplanten Programmstreichung bei so genannten

freiwilligen Leistungen und Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen. (C)

Teilweise geschah dies in Kombination. Es wurden Mittel bei vermeintlich freiwilligen Aufgaben mit dem Hinweis, dass die Kommune vorrangig zuständig ist, gestrichen. So geschehen auch im Bereich Frauenpolitik.

In dem für das Haushaltsjahr 2002 vorgelegten Haushaltsentwurf waren nicht nur im Einzelplan 11, sondern auch im Einzelplan 15 und im Einzelplan 05 etliche frauenpolitisch wichtige Programme betroffen. Ich konzentriere mich hier auf den Einzelplan 11.

Das Programm zur Unterstützung des Ausstiegs von Prostituierten sollte genauso auslaufen wie die Förderung geschützter Wohnsituation für Frauenhandelsopfer und die modellhafte Förderung von Dienstleistungspools. Die Mittel zur Förderung von Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder einschließlich Sexuaufklärung und Prävention von sexualisierter Gewalt sollten massiv gekürzt und auch die Mittel zur Förderung von Frauenberatungsstellen und Notrufen sollten beschnitten werden.

Die grüne Landtagsfraktion hat nach einer intensiven Diskussion des Haushaltsentwurfs 2002 einstimmig festgestellt, dass diese Haushaltskürzungen im Frauenbereich nicht akzeptiert werden können. Nicht nur das: Meine Fraktion hat einstimmig beschlossen, Frauenpolitik bei den diesjährigen Haushaltsberatungen zu einem Schwerpunkt zu machen und insbesondere zur Bewältigung der Aufgaben, die sich aus dem Gewaltschutzgesetz und dem veränderten Polizeigesetz ergeben, zusätzliche Mittel bereitzustellen. (D)

Konkret hat die grüne Fraktion schon am 25. Juni beschlossen:

"Mit uns wird es keinen Kahlschlag in Programmbereichen geben, in denen Frauen, Jugendliche, alte und pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderungen und Wohnungslose gefördert werden."

Ein wichtiger Gesichtspunkt bei unseren Beratungen war, dass das in der Koalitionsvereinbarung verankerte Prinzip des Gender-Mainstreamings nicht angewandt wurde. Dort heißt es:

"Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen bleibt Querschnittsaufgabe. Nach den Vorgaben des Amsterdamer Vertrages machen wir Gender-

(Marianne Hürten [GRÜNE])

- (A) Mainstreaming zum Leitgedanken unseres politischen Handelns.
- Gleichzeitig bekräftigen wir unsere Absicht, weitere spezifische Frauenprojekte und -maßnahmen durchzuführen und zu verstärken, die als klassische Frauenförderung gezielt Benachteiligung von Frauen angehen. Beide Ansätze ergänzen sich."
- So weit der Koalitionsvertrag! Das Prinzip des Gender-Mainstreaming ist demnach auf alle Politikbereiche anzuwenden. Die grüne Landtagsfraktion hat im März dieses Jahres bekräftigt, dass dies auch für die Finanzpolitik des Landes gilt. Konkret haben wir beschlossen:
- "Die Fraktion erwartet, dass auch bei der Erarbeitung von Vorschlägen für Einsparungen bzw. Einnahmeverbesserungen der Ansatz des Gender-Mainstreaming genutzt wird. Insbesondere die geplanten Einsparungen müssen proportional entsprechend der Teilhabe der Geschlechter am Gesamthaushalt sein."
- Faktisch waren aber Frauen und Mädchen von den beabsichtigten Kürzungen weit überproportional betroffen. Frauenfördermaßnahmen und -projekte wurden nicht, wie in der Koalitionsvereinbarung verankert, verstärkt, sondern geschwächt und teilweise sogar beseitigt. Dies konnten und wollten wir nicht hinnehmen. Auch die Begründung der Landesregierung "freiwillige Leistungen" und "vorrangig kommunale Aufgaben" konnten wir nicht nachvollziehen.
- (B) Etliche der geplanten Kürzungen betrafen Maßnahmen und Einrichtungen, die sich gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder richten und Betroffene unterstützen. Der Landtag hat allein in der letzten Legislaturperiode sechs Anträge zu unterschiedlichen Aspekten des Themas sexualisierte Gewalt beschlossen. Dies haben wir aus dem Bewusstsein heraus getan, dass es Aufgabe des Staates ist, die körperliche Unversehrtheit als hohes, im Grundgesetz verankertes Rechtsgut sicherzustellen.
- 1998 haben wir in einem Landtagsbeschluss unter der Überschrift "Hilfen für Gewaltopfer verbessern - Gewaltopfer wirksamer unterstützen" sehr deutlich Folgendes formuliert:
- "Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt, die Gewährleistung der körperlichen und seelischen Unversehrtheit ist eine hochrangige Aufgabe des Staates. Auch die intensivsten Bemühungen des Staates vermögen es allerdings nicht, Gewalt in der Gesellschaft, Schlägereien und vor allem gewaltsame Übergriffe auf Kinder, Frauen, ältere Menschen oder Migrantinnen und Migranten zu verhindern. Insbesondere Gewalt im Privatbereich, vor allem sexualisierte Gewalt, von der vor allem Frauen und Kinder betroffen sind, entzieht sich der direkten Schutzmöglichkeiten des Staates. Insbesondere bei sexualisierter Gewalt ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen."
- (C) Es muss mit mindestens 10- bis 50-mal so häufigen Gewalttaten gerechnet werden, wie sie amtlich registriert werden.
- Und weiter:
- "Wo der Staat seiner prinzipiellen Verpflichtung zum Schutz vor Gewaltdelikten nicht nachkommen kann, erwächst ihm daraus eine Pflicht gegenüber den geschädigten betroffenen Menschen, den Opfern der Gewaltdelikte."
- Diese Leitsätze eines Landtagsbeschlusses von 1998 haben auch heute nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Wir stellen fest, dass die Aufgabe des Staates "Gewaltschutz" im Wesentlichen Landesaufgabe ist. Deshalb wollen wir auch weiterhin die notwendigen Maßnahmen und Einrichtungen, die Schutz, Hilfe und Unterstützung für die Gewaltopfer leisten, mit Landesmitteln fördern.
- (D) Genauso hochrangig im Grundgesetz verankert ist der Gleichstellungsgrundsatz, gekoppelt mit dem Auftrag an den Staat, die tatsächliche Gleichstellung zu fördern. Auch hier sehen wir eine Aufgabe des Landes, die sich keineswegs mit der Verabschiedung des Landesgleichstellungsgesetzes erschöpft hat. Anders als die Landesregierung in ihrem Entwurf betrachtet die Landtagsfraktion daher diese Arbeitsfelder weder als freiwillige Leistungen noch als vorrangig kommunale Aufgabe.
- Auf dieser Grundlage ist es den grünen Haushaltspolitikerinnen und dem Fraktionsvorstand gelungen, die geplanten Kürzungen zurückzuweisen und insbesondere im Zusammenhang mit dem Landesaktionsplan "Häusliche Gewalt" zusätzliche Mittel einzustellen.
- Das ist angesichts der von mir bereits eingangs genannten schwierigen finanziellen Rahmenbedin-

(Marianne Hürten [GRÜNE])

(A) gungen ein ganz hervorragendes Ergebnis. Da sich Gutes auch schnell herumspricht, darf ich im Namen vieler Einrichtungen und Projekte an dieser Stelle allen, die in den Haushaltsberatungen einen Beitrag dazu geleistet haben, ganz herzlich danken.

Besonders große positive Resonanz hat die 1 Million Euro hervorgerufen, die wir zur Umsetzung des Landesaktionsplans, des Polizeigesetzes und des Gewaltschutzgesetzes neu eingestellt haben. Draußen im Land besteht große Einigkeit, dass damit ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der in diesem Zusammenhang notwendigen zusätzlichen Beratungskapazitäten geleistet wird.

200.000 Euro wollen wir neu einstellen zur Förderung einer Landeskoordinierungsstelle "Gewalt gegen Frauen und Kinder". Damit wollen wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Analog zu den Landesfach- und -koordinierungsstellen "Frauen und Sucht" und "Frauen und Gesundheit" wollen wir eine weitere zum wichtigen Aufgabenfeld "Gewalt gegen Frauen und Kinder" einrichten, die darüber hinaus rund um die Uhr ansprechbar ist und so die Aufgabe einer Help-Line wahrnehmen kann. Wie ich in Rückkoppelung mit etlichen Teilnehmerinnen der großen Landtagsanhörung im Oktober erfahren habe, stoßen diese Überlegungen auf große Zustimmung.

(B)

Wichtig ist uns auch, die Selbstbehauptungskurse an Schulen uneingeschränkt fortsetzen zu können. Aber wir wollen dieses Programm auch evaluieren, damit wir wissen, wie viele Schulen wir schon erreicht haben, wie wirksam das Programm ist und welche Ergebnisse unterschiedliche Konzepte haben.

Lassen Sie mich noch zwei Bereiche ansprechen, die auch bei unseren Ausschussberatungen sehr intensiv diskutiert worden sind: Die Zuschüsse zur Schaffung geschützter Wohnsituationen für Frauenhandelsopfer und das Projekt zur Förderung ausstiegswilliger Prostituiertes.

Alle Fraktionen im Frauenausschuss haben die beabsichtigte Kürzung kritisiert und das Ansinnen zurückgewiesen, diese Aufgaben allein den Kommunen zuzuweisen. Ohne Gegenstimmen wurden die Koalitionsanträge beschlossen, die eine Überrollung der Mittel vorsehen. Gegenstimmen gab es übrigens auch bei den anderen Koalitionsanträgen nicht.

Deshalb meine herzliche Bitte an die Landesregierung an dieser Stelle: Respektieren Sie diese einstimmigen Beschlüsse des Frauenausschusses und verstetigen Sie hier die Förderungen.

(C)

Auch im Bereich Prostitution halte ich es für sehr wünschenswert, perspektivisch zu einer Landesfachstelle zu kommen, die, gestützt auf die Erfahrungen aus niedrigschwelligen Beratungsangeboten, konzeptionelle Fragen weiterentwickelt, Multiplikatorinnenarbeit leistet und vor allem arbeitsmarktpolitische Programme zur Unterstützung des Ausstiegs von Prostituierten verbreitet.

Warum die CDU zu diesem Programm hier erneut einen Antrag einbringt, der rund 33.000 Euro hinter der einstimmigen Ausschussbeschlussempfehlung zurückbleibt, wird mir ein Rätsel bleiben. Ich betrachte diesen Antrag als überflüssig. Wir werden ihn daher genauso ablehnen wie die Kürzungsvorschläge der Opposition.

Ich bitte Sie deshalb alle, der Beschlussempfehlung zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Hürten. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Fischer.

(D)

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gerade in Zeiten knapper Kassen und notwendiger Konsolidierung ist es besonders wichtig, klare inhaltliche Schwerpunkte zu setzen und die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, zielgerichtet und effizient einzusetzen.

Was bedeutet das für die Frauenpolitik? Ich möchte Ihnen drei Punkte nennen, die zunächst für mich sehr wesentlich sind.

Erstens. Unsere Maßnahmen müssen zukunftsfähig sein. Wir alle wissen: Die äußeren Bedingungen und Anforderungen ändern sich, und zwar mit einem zunehmenden Tempo in allen gesellschaftlichen Bereichen. Bei der Planung und Weiterführung von Maßnahmen für Frauen müssen diese Veränderungen berücksichtigt werden, d. h. jedes Projekt muss an seiner Zukunftsfähigkeit und an seiner Wirksamkeit gemessen werden.

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) Zweitens. Kooperation und Vernetzung sollen Vorrang haben vor der Schaffung neuer Strukturen. Auch die frauenspezifische Infrastruktur muss immer wieder auf ihre Zukunftsfähigkeit überprüft werden. Wir dürfen Bestehendes nicht um seiner selbst willen erhalten. Vielmehr ist es notwendig, durch Vernetzung und bessere Kooperation die Beratungs- und Hilfestrukturen kontinuierlich zu optimieren und weiterzuentwickeln, auch um veränderte Aufgaben bewältigen zu können.
- Drittens. Unser Ziel sind strukturelle Veränderungen zugunsten von Frauen. Ziel der Frauenpolitik ist es, eine nachhaltige positive Veränderung der Lebenssituation von Frauen zu erreichen. Deshalb kann es nicht um die Förderung von Einzelprojekten gehen. Sie müssen in ein Gesamtkonzept eingebunden sein, um tragfähige Strukturen zu schaffen.
- Welche Schwerpunkte der Frauenpolitik und welche Handlungsoptionen spiegeln sich im Haushalt und in den vorliegenden Anträgen für das Jahr 2002 wider?
- Frau Kollegin Gemkow, ich gehe nicht auf die Fragen ein, die Sie angesprochen haben und die nichts mit dem Frauenhaushalt zu tun haben wie beispielsweise die Altenpflegeheime oder die Plakataktion zur Schweinehaltung der Kollegin Höhn, sondern ich beschränke mich wirklich auf das, was die Frauenpolitik originär betrifft.
- (B) Selbst in Nordrhein-Westfalen wird auf der Grundlage der Haushaltsentscheidungen seit Jahren eine bundesweite Vorreiterrolle in der Frauenpolitik und dabei im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen sichtbar. Diese Vorreiterrolle im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen wollen wir auch mit diesem Haushalt stärken und unterstützen.
- Das neue NRW-Polizeigesetz soll das Gewaltschutzgesetz des Bundes ergänzen. Unsere Schutz- und Hilfestruktur können wir weiterentwickeln und durch die effektive Zusammenarbeit von Polizei, Justiz, Fraueninfrastruktur und Jugend- und Gesundheitsämtern die Situation der Opfer verbessern. Wir arbeiten dabei zusammen mit 63 Frauenhäusern, 3 Mädchenhäusern, 47 Notrufen und 53 Frauenberatungsstellen.
- Für alle Bereiche gilt: Fachübergreifende Kooperationen sind der geeignete Ansatz zur Weiterentwicklung der Angebote im Gewaltbereich.
- Ich freue mich, dass die Fraktionen von SPD und von Bündnis 90/Die Grünen diesen Ansatz verstärken wollen und zusätzliche Mittel für Maßnahmen zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes und des Landesaktionsplans Gewalt gegen Frauen sowie den weiteren flächendeckenden Ausbau von Beratungsstellen und Notrufen beantragt haben.
- (C) Im Bereich der Prävention setzen wir weiterhin auf das Erfolgsprogramm "Selbstbehauptung und Konflikttraining für Mädchen und Jungen an Schulen". Wir möchten dieses Erfolgsprogramm fortführen, durch neue Bündnispartner und neue Bündnispartnerinnen ausweiten und die Konzeption dadurch auch weiterentwickeln.
- Die effektive Bekämpfung des Menschenhandels ist ebenfalls finanziell gesichert.
- Bei der Stärkung der Medienkompetenz von Frauen geht es um deren Zukunftschancen. Medienkompetenz betrifft berufliche und gesellschaftliche Entwicklungschancen; denn in nahezu allen Lebensbereichen wird diese immer wichtiger. Wesentlich ist, dass Frauen die Chancen der Informationsgesellschaft nutzen, aber auch dass sie mitgestalten. Medienkompetenz ist dafür die Eintrittskarte. Ich möchte, dass jede Frau diese Eintrittskarte erhält.
- (D) Zur Verbesserung der Medienkompetenz wollen wir Bewährtes - auch mit neuen Akzenten - fortführen: das Internetcafé Linie I, die Linie F, die Förderung des virtuellen Unternehmerinnennetzes.
- Die Informations- und Kommunikationstechnologien bieten viele Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen. Leider entscheiden sich aber immer noch zu wenige Frauen für eine Ausbildung in diesem Bereich. Mit einem Modellprojekt in Köln werden wir Möglichkeiten erproben, die zu einer Steigerung des Frauenanteils in den IT-Berufen beitragen.
- Die Zusammenarbeit mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften in der Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf" möchte ich fortsetzen. Viele Unternehmen erkennen bereits, dass Chancengleichheit als Teil der Unternehmenskultur ein wichtiger Wettbewerbsfaktor ist. Schwerpunktthema der Landesinitiative wird 2002 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein.

(Ministerin Birgit Fischer)

(A) Bei der Förderung der beruflichen Gleichstellung von Frauen hat das Netz der Regionalstellen in den letzten Jahren eine ausgesprochen wichtige Arbeit geleistet. Es hat sich auch sehr häufig als Motor für eine positive Entwicklung der Möglichkeiten für Frauen auf dem Arbeitsmarkt bewährt. Wir werden diese Arbeit mit den Regionalstellen fortführen.

Die Begleitung und Überprüfung der Umsetzung von Gender-Mainstreaming im Rahmen von Ziel 2 und Ziel 3 haben wir für 2002 ebenfalls im Blick und werden sie gezielt verfolgen.

Noch einiges zu den Stichworten Information, Kommunikation und gesellschaftliche Teilhabe: Informations- und Kommunikationsstrukturen sind oft der Schlüssel für Innovation und der Schlüssel für Weiterentwicklung.

Wie kommen Frauen in Nordrhein-Westfalen schnell an Informationen, die für sie wichtig sind? - Die Antwort heißt www.frauenrw.de. Das Internetportal wird ab 2002 frauenspezifisch informieren, direkte Kontakte ermöglichen und ein Wegweiser durch den Internetschubel sein. Die Nutzung des Portals verbessert die Medienkompetenz und zugleich auch die gesellschaftliche Teilhabe.

(B)

Auch der Fraueninformationsdienst für Frauen in Nordrhein-Westfalen wird 2002 fortgeführt.

Damit bin ich beim Thema Öffentlichkeitsarbeit. Ich muss sagen: Ich bin schon sehr erstaunt darüber, wie man einerseits von Bewusstseinsänderung und Information reden kann, gleichzeitig aber Kürzungen bei der Öffentlichkeitsarbeit einfordert, wie es die CDU und zum Teil auch die FDP bei den Anträgen gemacht haben. Hier ist ein eindeutiger Widerspruch!

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Überhaupt nicht!)

Einerseits wird Information verlangt. Es wird Transparenz eingefordert. Es sollen Materialien zur Verfügung stehen, mit denen einzelne Verbände, Gruppen und Initiativen arbeiten können. Es wird ein Dialog eingefordert, ein breiter gesellschaftlicher Diskurs über wichtige politische Fragen.

Es werden Veranstaltungen eingefordert. Ich frage Sie: Womit, wenn nicht mit Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit, finanzieren wir das? - Entweder

arbeiten wir in einer Glasglocke und behalten alles für uns, oder wir versuchen, einen wirklichen gesellschaftspolitischen Diskurs zu führen, um - ich bleibe beim Beispiel Frauenpolitik - etwas in Gang zu setzen und zu bewegen, um den Kontakt aufzunehmen zu Initiativen, Gruppen, Vereinen und Verbänden. Ich bin nicht bereit zu einer Politik am grünen Tisch, sondern ich bin nur bereit zu einer Politik, die im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt wird. Dazu sind Mittel für Öffentlichkeitsarbeit unabdingbar.

(Beifall bei der SPD)

Der vorgelegte Etatentwurf schafft die Grundlage für eine effektive und vorausschauende Gleichstellungspolitik. Frauenpolitisch wichtige Ansätze sind auch in den Einzelplänen anderer Ressorts zu finden. Ich begrüße die gemeinsam von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Anträge, die auf eine stärkere und zielgenauere Berücksichtigung der Interessen von Frauen abheben. Die Geschlechterperspektive noch systematischer und konsequenter in alle Politikbereiche zu integrieren, wird unsere gemeinsame Aufgabe für das Jahr 2002 sein. Auch dafür schafft der Haushalt wichtige Voraussetzungen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin. Zum Teilbereich Frauenpolitik liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir zum nächsten Teilbereich kommen können:

b) Jugend und Familie

Zunächst erhält für die CDU-Fraktion Herr Kollege Mahlberg das Wort.

Thomas Mahlberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Sparen für die Zukunft unserer Kinder" ist der Titel - wir haben es heute schon gehört -, den der Finanzminister dem Haushalt gegeben hat. Diese Aussage ist sehr wohlklingend und verschafft vor allen Dingen dem interessierten Betrachter eine positive Grundstimmung. Nur glaube ich, dass das, was auf dem

(C)

(D)

(Thomas Mahlberg [CDU])

(A) Haushalt vorne steht, mit der Realität recht wenig zu tun hat.

(Beifall von Hermann-Josef Arentz [CDU]
- Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Mahlberg, ich bin entsetzt!)

Denn nach Meinung der Landesregierung ist es doch wohl so, dass nicht im Gesamthaushalt Geld eingespart werden soll, um diese eingesparten Mittel prioritär bestimmten Zukunftsprojekten für unsere Kinder zugute kommen zu lassen, sondern im Gegenteil: Der Etat für Kinder, Jugend und Familie in diesem Bereich soll auch als Sparhaushalt erhalten. Schon der Versuch, in diesem Haushalt zu sparen, um so die Verfassungskonformität des Haushaltes hinzubekommen, ist gescheitert. Aus Sicht eines Jugendpolitikers kann ich nur sagen: Auf Kosten der Kleinen zu sparen, ist absolut absurd.

Meine Damen und Herren, wer im Zusammenhang mit dem Etat von einem "Sparen für die Zukunft unserer Kinder" spricht, der verwechselt ganz eindeutig die Attribute. Sparen an der Zukunft unserer Kinder wäre das, was der Finanzminister an dieser Stelle offensichtlich meint.

(B) Meine Damen und Herren, vor wenigen Jahren hat es in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Landes eine beinahe beispiellose Protestaktion gegeben, die von der Bevölkerung getragen wurde. Damals hatten SPD und Grüne gegen alle Widerstände versucht, in Nordrhein-Westfalen die Elternbeiträge für den Kindergartenbereich drastisch anzuheben.

Erst ein Machtwort des damaligen Fraktionsvorsitzenden Matthiesen - daran erinnern wir uns wohl alle noch - hat schließlich dazu geführt, dass das Ansinnen von Rot-Grün in Düsseldorf zumindest vorübergehend ein Ende fand. Ich sage deshalb ganz bewusst "vorübergehend ein Ende", weil ich erkennen muss, dass auch in der Steuerungsgruppe für die Kindergärten in Nordrhein-Westfalen alles andere als Einigkeit herrscht. Offensichtliche Einsparpotenziale in diesem Bereich sind verfehlt worden.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass nach allem, was wir im Rahmen dieses Landeshaushaltes jetzt erfahren, wir über kurz oder lang erneut die Option der Landesregierung zu spüren bekommen werden, möglicherweise die Elternbeiträge für diesen Bereich anzuheben. Waren es vor wenigen Jahren die Elternbeiträge, die die Leute auf die

Barrikaden gebracht haben, so geht es dieses Mal um andere Zusammenhänge, die insbesondere die Kommunalpolitiker auf die Barrikaden gebracht haben. In unzähligen Resolutionen - wir alle haben wohl jeden Tag mehr als nur eine bekommen - prangern sie zu Recht die kommunalfeindliche Politik an, die zu einer Verschlechterung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in diesem Land beitragen würde.

Sie von der Landesregierung wollen mit dem Haushaltsentwurf, den Sie uns vorgelegt haben, notwendige Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien streichen und wälzen - wie Sie das auch in anderen Bereichen des Landeshaushalts tun - die alleinige Verantwortung auf die Kommunen ab, die durch eine jahrelange Verlagerung von Aufgaben von der Landes- auf die kommunale Ebene sowie die strukturellen Probleme in vielen Bereichen des Landes zu Haushaltssicherungsgemeinden geworden sind und insbesondere in Brennpunkten finanziell überhaupt keine Möglichkeiten mehr haben, die Lücken, die Sie reißen wollen, auszufüllen.

(Beifall von Regina van Dinther [CDU])

(D) Meine Damen und Herren, konkret stellt sich der familienfeindliche Ansatz der Landesregierung wie folgt dar: Bei den kommunalen Jugendfreizeitstätten werden - erstes Beispiel - die kommunalen Mittel komplett gestrichen. Eine Maßnahme, wie Sie sie als Landesregierung vorgeschlagen haben, würde unweigerlich zur Schließung etlicher Jugendeinrichtungen vor Ort führen, und das mit den im Übrigen nicht unerheblichen Auswirkungen auf Einrichtungen freier Träger, obwohl Sie das immer bestritten haben.

(Karl-Heinz Haseloh [SPD]: Schnee von gestern!)

Ganz offensichtlich ist doch wohl, dass die Mittel, die den Kommunen vorenthalten werden, dazu führen, dass eigene kommunale Mittel nicht mehr an freie Träger weitergegeben werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne als Zweites die kommunalen Erziehungsberatungsstellen. Meine Damen und Herren von der Regierung und der Regierungskoalition, Sie sprechen von einem "Bündnis für Erziehung" und von der Notwendigkeit, die Erziehungskompetenz von Eltern zu fördern. Das halte ich für absolut richtig. An der Stelle haben Sie nicht nur die CDU, sondern wahrscheinlich jeden in diesem

(Thomas Mahlberg [CDU])

- (A) Lande an Ihrer Seite. Letztendlich aber nehmen Sie den Menschen die Möglichkeit zur Information. Kinder brauchen Werte und Rituale, vor allen Dingen starke Eltern, die das vermitteln können. Insofern ist dieser Ansatz völlig kontraproduktiv.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne - drittens - die kommunale Familien-erholung. Hier gilt eigentlich das Gleiche wie bei den Erziehungsberatungsstellen sowie den Jugendfreizeiteinrichtungen. Mit relativ niedrigen Mittelansätzen vor Ort ist es bisher eigentlich immer gelungen, insbesondere benachteiligten Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, an dem, was wir als gesellschaftlich relevant, schön, gut und wichtig ausmachen, tatsächlich zu partizipieren, da sie oft aus eigener Kraft nicht die Chance haben, das zu finanzieren, was für uns alle oft so selbstverständlich ist.

Ich will Ihnen - viertens - den Kindergartenbereich nennen. Es ist zweifellos festzustellen, dass im Rahmen umfangreicher Ausbauprogramme den Anforderungen des Bundesgesetzgebers Genüge getan wurde, den Rechtsanspruch des Kindes auf einen Kindergartenplatz ab dem dritten Lebensjahr zu erfüllen. Genauso deutlich aber wurde, dass infolge regionaler Disparitäten auch im Jahre 2002 mehrere Tausend Kindergartenplätze neu zu schaffen sein werden. Bereits in diesem Jahr konnte die lange Antragsliste, die es aus den Kommunen gegeben hat, nicht abgearbeitet werden. Ich habe mir erlaubt, das mithilfe der Landesjugendämter noch einmal abzugleichen. Ich erinnere mich an wilde Konstruktionen, um über die Landesämter doch noch Mittel bereitzustellen, damit wenigstens ein Teil der Anträge abgearbeitet werden konnte.

(B)

Deshalb kann ich nur sagen: Wider besseren Wissens schlagen Sie auch hier vor, die Investitionsmittel im Bereich der Kindergärten noch einmal deutlich zu reduzieren. Das wird zu derselben Situation wie in diesem Jahr führen, nämlich zu einer deutlichen Schieflage zwischen den von den Gemeinden beantragten Kindergartenplätzen und dem, was letztendlich über die Landesjugendämter bewilligt werden kann.

Als fünften Punkt will ich die Betreuung außerhalb der Schule nennen. Sicherlich eines der wichtigsten Felder der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der nächsten Jahre ist die Betreuung von Kindern unter drei Jahren und über sechs Jahren. In seiner Regierungserklärung hat Mini-

sterpräsident Clement im letzten Jahr noch darauf hingewiesen, dass er 200.000 neue Betreuungsmöglichkeiten schaffen möchte.

(Zuruf von der SPD)

Dabei muss meines Erachtens aber auch die Qualität eine Rolle spielen. Dieser Aspekt kommt bei Ihnen offensichtlich nicht zum Tragen. Statt ein qualitativ wirklich differenziertes Angebot zu schaffen, überzieht die Landesregierung das ganze Land Nordrhein-Westfalen mit einem groben Flickenteppich von verschiedensten Billigangeboten, deren Aufzählung ich mir an dieser Stelle aus Zeitgründen einmal spare.

Sie müssen sich die Liste von mittlerweile existierenden Angeboten wirklich einmal ansehen. Da schaut man kaum noch durch. Allen Maßnahmen ist jedoch eines gemeinsam: Sie vereint eher die Quantität als die Qualität. Es sind immer wieder erhebliche Komplementärmittel vonseiten der Träger notwendig, um aus diesem quantitativ sicherlich reichhaltigen Programm auch qualitativ vernünftige Programme zu machen.

Frau Fischer, ich will ganz konkret das von vielen nicht gewollte SiT-Programm erwähnen. Die Mittel wurden beim letzten Mal nicht in vollem Umfang abgerufen, soweit ich informiert bin. Statt also die Mittel des SiT-Programms zu erhöhen, sollten Sie lieber auf die Leute hören, die Ihnen auch einmal harsche Briefe schreiben. Ich erinnere mich an einen Brief von der katholischen Kirche in Köln, den Sie in den letzten Tagen bekommen haben.

(Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Den haben Sie auch bekommen?)

- Ja, den bekommen die Parlamentarier auch schon einmal in Kopie.

Das, was dort geschildert ist, ist Realität. Die Kommunen werden daran gehindert, Kindergartenplätze zum Beispiel in Hortplätze umzuwandeln. Ich meine, man sollte jetzt mit den Restriktionen aufhören und die Möglichkeit eröffnen, Hortplätze zu schaffen.

Als sechsten Punkt will ich noch die Leistungen nach dem Unterhaltvorschussgesetz nennen. Die sich in 2002 fortsetzende Verschiebung der Unterhaltslasten auf die Kommunen unterstreicht eigentlich die im gesamten Haushalt festzustellende Kommunalfeindlichkeit. Da in den Städten unseres Landes mit sehr geringen Rücklaufquoten

(C)

(D)

(Thomas Mahlberg [CDU])

(A) zu rechnen ist - ich denke, 20 bis 25 % dürften realistisch sein -, wird diese weitere Befrachtung auch dazu führen, dass sich gerade in größeren Städten Millionenbeträge anhäufen werden, die die Städte zu finanzieren haben. - Zwischen diesem und dem Bereich Migration besteht im Übrigen sicherlich eine Schnittstelle.

Ich will aber auch noch einmal die Sprachförderung als siebten Punkt aufgreifen; denn sie wird haushaltstechnisch bei uns behandelt. In den letzten Tagen ist mir eine Antragskopie von der Stadt Duisburg auf den Schreibtisch geflattert. Gegenstand des an Sie, Frau Ministerin, gerichteten Antrags ist die Sprachförderung in der Stadt gewesen. Geschätzte Kosten dieses Antrags bzw. dieses Konzeptes, das realisiert werden soll: etwa 1 Million DM. Frau Fischer, ich frage Sie: Wie wollen Sie flächendeckend die Sprachförderung in Nordrhein-Westfalen mit den geringen Mitteln greifen lassen, die Sie in den Haushalt eingestellt haben?

(Beifall bei der CDU)

Ich kann nur feststellen, das ist ein Tropfen auf den berühmten heißen Stein. Es wird noch eine Menge notwendig sein, wenn wir es mit der Integration insbesondere von Kindern mit Migrationshintergrund ernst meinen.

(B)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sehr wahr!)

Wir haben Ihnen gezeigt, wie man es richtig machen kann. Die Landtagsfraktion der CDU hat unter dem Stichwort "Petersberger Modell" eine Gesamtkonzeption entwickelt, die insbesondere Fragen des gestiegenen Betreuungsbedarfs durch eine veränderte Schullandschaft behandelt. Stichwort: offene Ganztagschulen und Zusammenwirken mit der Jugendhilfe. Wir brauchen beide Säulen. Das ist ganz klar. Nur sollte man den Flickenteppich von Betreuung durch eine vernünftige Konzeption ablösen. Ich glaube, das wird auch Gegenstand vieler Diskussionen noch im nächsten Jahr sein.

Die Landesregierung muss ferner erkennen, dass der gesetzliche Anspruch auf einen Kindergartenplatz regional noch nicht erfüllt ist und dieser auch der finanziellen Mitverantwortung der Landesregierung bedarf. Nicht immer sind Investorenmodelle der richtige Weg.

Die Unterhaltsfrage kann man nach Auffassung der CDU über das GFG lösen. Dazu hatten wir eben die Debatte.

Ich glaube abschließend sagen zu dürfen: Sie werden nach meinem Redebeitrag verstehen, warum die CDU diesem Haushaltsentwurf nie und nimmer so zustimmen kann. - Vielen Dank.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Mahlberg. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Flessenkemper das Wort.

Bernd Flessenkemper (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist keine Überraschung, dass wir das völlig anders beurteilen. Dieses andere Urteil werden wir mit Zahlen belegen.

Der Kinder-, Jugend- und Familienbereich der Politik in Nordrhein-Westfalen hat nach wie vor einen wichtigen Stellenwert. Dies zeigt sich u. a. daran, dass trotz schwierigster finanzpolitischer Rahmenbedingungen auch im Jahr 2002 wiederum Zuwächse vorgesehen sind. Ich nenne einmal einige: Für die Sprachförderung im Elementarbereich wollen wir 1,6 Millionen DM zusätzlich ausgeben, für die erzieherische Jugendhilfe - Stichwort: Aufbau von Modellversuchen sozialer Frühwarnsysteme - 360.000 DM. Für die Betriebskosten der Kindergärten, die eben angesprochen wurden, steigen die Aufwendungen noch einmal um fast 15 Millionen DM. Für die Ganztagsbetreuung schulpflichtiger Kinder wollen wir ebenfalls etwa 2,5 Millionen DM drauflegen. Dann sind es insgesamt 16 Millionen DM zusätzlich zu den Anstrengungen, die im Schulbereich vorgenommen werden.

(D)

Auch wenn Sie sich den Landesjugendplan ansehen, dann werden Sie - mit Ausnahme von zwei Bereichen, auf die ich gleich noch eingehe - auch dort feststellen, dass praktisch in unveränderter Höhe im nächsten Jahr, nämlich mit ca. 180 Millionen DM gefördert wird.

Naturgemäß stehen bei Haushaltsberatungen die Punkte im Vordergrund der Diskussion, die von Veränderungen betroffen sind. Natürlich hat sich der Kollege der CDU darauf konzentriert. Es liegt mir aber daran, einmal darzustellen, von welchem Niveau aus wir diskutieren. Nennen Sie mir doch beispielsweise einmal ein Bundesland, in dem Sie vergleichbare Anstrengungen finden.

(Bernd Flessenkemper [SPD])

(A) In Nordrhein-Westfalen sind es im Ganztagsbereich beispielsweise fast 8 Millionen Euro, die wir investieren. Für die Familien-, Kinder- und Jugendhilfe sind es fast 40,6 Millionen Euro, für den Landesjugendplan sind es über 92 Millionen Euro, für die Weiterbildung und damit verbundene Maßnahmen über 18 Millionen Euro, für die Kindertagesstätten und andere Einrichtungen über 870 Millionen Euro. Das Ganze summiert sich auf einen Gesamtbetrag von über 1 Milliarde Euro bzw. über 2 Milliarden DM. Das ist die Grundlage. Es gibt kein anderes Bundesland, das z. B. allein die Jugendarbeit mit annähernd 200 Millionen DM fördert, oder das alleine den Kindergartenbereich mit über 1,7 Milliarden DM fördert.

Damit das klar ist, ich nenne die Zahlen nicht, um das zu relativieren, was wir in den letzten Wochen und Monaten auch kritisch diskutiert haben, insbesondere mit Blickrichtung auf diejenigen, die sich angesichts möglicher Kürzungen mit uns auseinandergesetzt und mit Recht und Sorge ihre Befürchtungen geäußert haben, welche möglichen Entwicklungen damit verbunden sind. Aber ich nenne diese Zahlen, weil ich glaube, es ist gerade mit Blick auf die Oppositionsparteien notwendig, hier noch einmal deutlich zu machen, auf welchem Niveau wir diskutieren und dass Sie in jedem Jahr aufs Neue den Untergang des Abendlandes heraufbeschwören. Deshalb ist es einfach erforderlich, die Anstrengungen des Landes im kinder-, jugend- und familienpolitischen Bereich nochmals in Erinnerung zu rufen.

(B) Damit will ich die auch von Ihnen angesprochenen Einsparungen nicht verschweigen. Anlass für Kürzungen waren - das muss auch noch einmal festgestellt werden - die gesamtwirtschaftliche Situation - Stichwort: zurückgehende Steuereinnahmen -, ein anderer Ausgleich der Finanzen zwischen Kommunen und Bund - die Finanzierung von familienpolitischen Leistungen auf Bundesebene über entsprechende Landesanteile - und die Schwerpunktsetzung auf Landesebene.

Schwerpunktsetzungen sind beispielsweise - ich erwähne nur die wichtigsten -, dass wir auf Landesebene über 6.000 zusätzliche Stellen im Bereich Schule schaffen wollen, dass wir den Ganztagsbereich für schulpflichtige Kinder deutlich ausbauen wollen, dass wir auf Landesebene eine Ausbildungsplatzgarantie für Jugendliche geben, dass wir in den nächsten Jahren das Ziel haben, jedem arbeitslosen Jugendlichen, jedem langzeitarbeitslosen Jugendlichen nicht nur einen Aus-

bildungsplatz, sondern auch einen Arbeitsplatz zu vermitteln. All das sind Maßnahmen, auch wenn sie etatmäßig nicht direkt dem kinder- und jugendpolitischen Ressort zuzuordnen sind, die gerade Jugendlichen mehr Chancengleichheit eröffnen,

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

die Jugendlichen Arbeits-, Lebens- und damit überhaupt Perspektiven eröffnen. Deshalb bekennen wir Kinder- und Jugendpolitiker und -politikerinnen uns insbesondere zu diesen von der Landesregierung gesetzten Schwerpunkten und unterstützen sie.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir darüber reden, dass genau das die richtigen Investitionen in unsere Kinder sind und der Finanzminister dies mit seinen Worten: "Wir müssen sparen, damit wir unseren Kindern und Jugendlichen in NRW genau diese Chancen auch zusätzlich eröffnen", beschrieben hat, dann ist das die richtige Interpretation. Die von Ihnen, verehrter Kollege von der CDU, vorgetragene Interpretation verkennt hingegen die Situation.

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

(D) Aber bitte schön, nehmen Sie doch einmal diese Punkte auf! Sagen Sie uns doch beispielsweise einmal, welche konkreten Alternativen Sie denn vorschlagen, wenn es darum geht, den Jugendlichen solche Chancen zu eröffnen! Sagen Sie uns doch bitte auch - das tun Sie nämlich nicht, das haben Sie auch in den Ausschussberatungen nicht getan -, in welchem Finanzierungsrahmen Sie das abwickeln wollen! Insofern müssen Sie sich schon den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie diesen Gestaltungsauftrag der Opposition nicht wahrnehmen, dass Sie Ihre Verantwortungsfähigkeit und Ihre Alternativen in der politischen Auseinandersetzung eben nicht darstellen.

(Christian Lindner [FDP]: Was?)

- Ja, sicher. - Nun behaupten Sie, damit komme ich zu einem weiteren Punkt, dass Sie es ja alleine oder fast ausschließlich wären - Sie haben eben wieder versucht, das deutlich zu machen -, die die Interessen der Betroffenen wahrnehmen und sich dafür einsetzen würden, während die regierungstragenden Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen dazu nicht in der Lage wären.

Auch diese unwahre Behauptung - das hat sich in den letzten Wochen gezeigt -, wird durch die

(Bernd Flessenkemper [SPD])

- (A) Wirklichkeit ad absurdum geführt. Tatsache ist - das wollen wir gar nicht verschweigen -, dass es bezogen auf die Kürzungen der letzten Wochen natürlich eine schwierige Diskussion gegeben hat. Auch wir haben dazu Stellungnahmen und Briefe erhalten, aber wir haben diese Sorgen und Bedenken aufgegriffen. Ich sage das jetzt insbesondere in Richtung derjenigen, die uns angesprochen und angeschrieben haben: Sie können inzwischen am Ergebnis ablesen, dass wir ihre Sorgen nicht nur aufgegriffen, sondern uns auch innerhalb der SPD-Fraktion damit auseinandergesetzt, darüber diskutiert und die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen haben.

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

So haben die Regierungskoalitionen - das muss doch einmal in aller Klarheit gesagt werden - beschlossen, dass beispielsweise der Bereich der Kindererholung und Familienmaßnahmen wieder um 1 Million Euro aufgestockt wird. So haben die Regierungskoalitionen beschlossen, dass der Bereich der kommunalen Erziehungsberatungsstellen - insofern war das alles Schnee von gestern, Herr Kollege Mahlberg - um 8,2 Millionen Euro aufgestockt werden soll.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) Weiterhin haben die Regierungskoalitionen beschlossen, auch den Bereich der offenen Jugendeinrichtungen um 12,1 Millionen Euro aufzustocken.

(Beifall bei der SPD)

Das, meine sehr verehrten Herren und Damen der Oppositionsparteien, zeigt doch, wie ernst wir unsere politische Verantwortung nehmen,

(Zurufe von der CDU)

nämlich einerseits als regierungstragende Fraktion auch unbequeme, aber notwendige Einsparungen mitzutragen und zu vertreten - das stellen wir ja bei Ihnen so gut wie überhaupt nicht fest -, aber andererseits auch in einen Abwägungsprozess, insbesondere in der Diskussion und Auseinandersetzung mit den Betroffenen, einzutreten, daraus resultierend auch Korrekturen - das will ich durchaus eingestehen - unseres eigenen Handelns anzubringen und uns damit unserer parlamentarischen Verantwortung zu stellen.

So kann man im Gesamtergebnis nur festhalten: Trotz schwierigster Rahmenbedingungen unter Einbeziehung der noch zu fassenden Beschlüsse

wird die Förderung im kinder-, jugend- und familienpolitischen Bereich, also in den angesprochenen Titelgruppen, auch im nächsten Jahr wieder in fast unveränderter Größenordnung erfolgen. Wenn man hinzunimmt, was wir über die Schwerpunktsetzung flankierend für Kinder, für Jugendliche, für Familien im Bereich der Ganztagsbetreuung, der Schulen, der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation tun, vermitteln wir damit gerade den Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen eine gute Perspektive für die Zukunft.

Wenn man unvoreingenommen und objektiv an die Haushaltsansätze herangeht, unter Einschluss dessen, was in den letzten Wochen diskutiert und politisch auf den Weg gebracht worden ist, dann kann man nur - das will ich hier einmal behaupten - zu dem Ergebnis kommen, dass man diesem Haushalt zustimmen muss. Darum bitte ich. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Flessenkemper. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Flessenkemper, das, was Sie gerade hier abgeliefert haben, war nur Pflichtprogramm.

(Britta Altenkamp-Nowicki [SPD]: Und jetzt kommt die Kür!)

Sie haben Ihre Zeilen heruntergespult, aber Leidenschaft hat wirklich gefehlt. Ich bin da offen gestanden ein bisschen enttäuscht. Sie haben hier pauschal argumentiert, wie es ein Oppositionspolitiker nie zu tun wagen würde.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit)

So kommen wir da nicht weiter. Auch die Standardvorwürfe an die Opposition sind überhaupt nicht gerechtfertigt. Da sollten Sie sich lieber an die Landesregierung wenden. Sie haben ja sogar ein gutes Stück mitgetan bei der Oppositionspolitik. Das begrüßen wir. Nicht zuletzt ist es Ihnen zu verdanken - wir haben die parlamentarische Mehrheit noch nicht -, dass sich einiges im Haushalt verändert hat. Beim nächsten Mal sieht das möglicherweise schon ganz anders aus.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

(Christian Lindner [FDP])

(A) Ich schlage vor, meine Damen und Herren, dass wir uns noch einmal vergegenwärtigen, unter welchem Motto wir diese Haushaltsberatungen eigentlich führen. "Sparen für die Zukunft unserer Kinder" hat der Finanzminister bei der Einbringung des Haushaltes gesagt. Wir haben nun schon eine ganze Zeit darüber diskutiert - auch in den Ausschussberatungen -, wie das konkret aussehen soll. Sparen wollen wir alle. Aber wo? Das ist die Frage. Es ist keine einfach zu beantwortende Frage.

Der Finanzminister und die Jugendministerin haben gezeigt, wie das Motto hier im Land zu verstehen ist. Danach heißt "Sparen für die Zukunft unserer Kinder" Sparen an der Gegenwart unserer Kinder und Jugendlichen. Zwischenzeitlich haben Sie da zum Teil intervenieren können. Aber ich glaube nicht, dass wir schon so weit sind, von Impulsen sprechen zu können, die von Ihrer Politik ausgehen. Es wird zwar gemeinhin in Anspruch genommen; aber die Leidenschaft, mit der Sie hier argumentiert haben, zeigt, dass Sie diese Überlegungen, diese These selbst nicht ganz ernst nehmen.

(Bernd Flessenkemper [SPD]: Herr Oberlehrer! - Renate Drewke [SPD]: So leidenschaftlich sind Sie auch nicht!)

(B) - Wenn Sie noch etwa lernen wollen, Herr Flessenkemper - jederzeit und gerne. Wir haben uns gut in die Thematik eingearbeitet. Wir hatten 18 Monate Zeit. Übrigens ist das ein ganz symbolischer Zeitraum!

Ich will jetzt nicht weiter mit Ihnen hier raufen, sondern zu meinen inhaltlichen Punkten kommen; im Gegensatz zu Ihnen habe ich noch ein paar.

Es ist bekannt, dass Sie haushaltspolitisch in diesem Jahr wirklich von Fettnäpfchen zu Fettnäpfchen geeilt sind. Und Sie haben hier jetzt noch den Eindruck zu erwecken versucht, als hätten Sie geweihte Füße. Das ist aber blanker Zynismus.

(Zuruf von Bernd Flessenkemper [SPD])

- Herr Flessenkemper, wenn Sie eine Zwischenfrage haben, ich habe noch ein bisschen Zeit. Sie können jederzeit fragen.

Eigentlich hätte Ihr Motto bedeutet, den Haushalt kritisch daraufhin durchzusehen, was wir uns in diesen Zeiten noch leisten können, wo sich das Land Nordrhein-Westfalen hätte zurückziehen

müssen oder können, welche Posterioritäten man also setzen könnte, um den gemeinhin bekannten Prioritäten haushaltspolitische Luft zu verschaffen. Das ist nicht passiert. Das macht Einzelplan 11 überdeutlich.

Wir konstatieren natürlich, dass er als Förderhaushalt immer im Brennpunkt der Debatten steht, wenn es darum geht, im Haushalt insgesamt einzusparen. Diesem Druck hat er nicht standhalten können, obwohl es anders lautende Glaubensbekenntnisse gab.

Vom Bündnis für Erziehung bis hin zur Feststellung des Ministerpräsident, dass wir jede Ressource in der Bildung brauchen, hat sich alles als Luft herausgestellt.

Der eigentliche politische Wille der Landesregierung war ein anderer. Sie haben das jetzt auf Druck der Kommunen, vermute ich, abbiegen können. Aber der Knüppel ist gezeigt, und irgendwann werden im Landeshaushalt für die Kommunen weitere Einschränkungen vollzogen werden, und das bei einem Gesamthaushalt - Sie haben im Ausschuss einmal gesagt, Herr Flessenkemper, es seien nur 2 % globale Minderausgabe -, der zu 87 % aus rein gesetzessvollziehenden Leistungen besteht. Da wiegen die Einsparungen in einem disponiblen Bereich von 13 % doch umso schwerer. Das ist doch der Bereich, in dem das Land eine eigene Jugendpolitik betreiben kann, in dem es eigene Schwerpunkte setzen kann. Und genau da kürzen Sie!

Die Landesregierung wollte um nicht weniger als 56 Millionen Euro kürzen - so sind wir in die Haushaltsberatung hineingegangen -, 56 Millionen Euro in einem Politikbereich, der von so zentraler Bedeutung ist, den sogar der Finanzminister - da hat er sich tatsächlich nicht entblödet - als Schwerpunkt seiner eigenen Überlegungen bezeichnet hat. Ich halte das für einen Skandal. Zu Recht ist das öffentlich kritisiert worden; zu Recht sind Sie da in die Bredouille gekommen. Diese Doppelzüngigkeit kann man Ihnen nicht einfach so durchgehen lassen. Von daher ist die Erregung aufseiten der Opposition in einer ganzen Reihe von Bereichen auch durchaus angebracht gewesen.

Ministerin Fischer hat deutlich gemacht, dass sich die Mittelkürzungen insbesondere am Prinzip der Zuständigkeit orientiert haben. Sie finden in mir sofort und jederzeit einen Befürworter des Konnexitätsprinzips. Aber das, was Sie beabsichtigt

(C)

(D)

(Christian Lindner [FDP])

(A) haben, bestand in weiten Teilen darin, die Kosten und die Verantwortung auf die Kommunen abzuladen. Natürlich sind die zuständig. Natürlich, es gibt einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, der sich gegen die Kommune richtet. Aber das Land hat doch eine Verantwortung auch für die Auswirkungen, die in der Praxis folgen würden, wenn es sich aus seiner Mitfinanzierungsverantwortung herausziehen würde. Das ist ganz eindeutig so. Sie können doch nicht die Augen davor verschließen, gerade wenn Sie inhaltlich argumentieren wollen, was passieren würde. Ich prophezeie: Das Unterhaltsvorschussgesetz wird schon so massiv in die haushaltspolitischen Spielräume der Kommunen einschneiden, dass es zwar nicht unmittelbar, aber mittelbar Auswirkungen auf das Politikfeld hat, über das wir hier heute miteinander verhandeln.

Lange Rede, kurzer Sinn: Die Regierungsfraktionen haben die schlimmsten Einschnitte noch einmal zurücknehmen können - ob aus Einsicht oder Respekt vor der immensen Kritik der Kommunen, will ich noch einmal dahingestellt sein lassen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das muss sich ja nicht ausschließen!)

(B) Auf jeden Fall gilt das Motto - getreu dem Monopoly-Vokabular -: Gehen Sie zurück auf "Los"; ziehen Sie nicht 4.000 DM ein! Bisher sind nämlich noch keine neuen Impulse diskutiert worden. Nichts Neues! Da wird schon der Bestandschutz im Haushalt als großer Erfolg gefeiert. Aber so leicht will ich Ihnen das nicht machen.

(Beifall von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Die Rücknahme wollten wir natürlich auch, Herr Flessenkemper. Aber in unseren Anträgen zum Haushalt wollten wir darüber hinaus drei Bereiche stärken.

Erstens. Betreuung von Kindern im schulpflichtigen Alter: Da tut eine nüchterne Bestandsaufnahme durchaus Not. Drei Minister verwalten neun verschiedene Angebotsformen. Aus unserer Sicht ist das blanker Unsinn. Es ist nicht mehr zu verwalten. Wir stimmen sofort zu, wenn es heißt: Es kann nicht ein Angebot für alle Kinder geben. - Klar! Aber zu versuchen, einen Flickenteppich als Bausteinmodell zu verkaufen - Entschuldigung! -, das ist doch inzwischen sogar bei den Grünen angekommen, dass das nicht funktioniert.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das will was heißen!)

(C) Ich kann nur hoffen, dass Sie mit Ihrem Papier, das mit den Überlegungen des Städte- und Gemeindebundes übereinstimmt, auch in der Koalition, solange Sie ihr noch angehören, eine Veränderung bewirken. Ich wünsche Ihnen das wirklich.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Die Zeit reicht nicht mehr!)

- "Die Zeit reicht nicht mehr", meint der Kollege Papke. Sein Wort in Gottes Ohr!

Ich glaube, dass eine Bündelung im Schulressort, im Einzelplan 05 also, sinnvoll gewesen wäre und dass weiter eine pauschalierte Verausgabung an die Kommunen geboten wäre, um auch die kommunalpolitische Kreativität in Gang zu setzen, wie man Ganztagsbetreuung organisieren kann.

Nicht zuletzt haben wir mit unserem Vorschlag, die Mittel um 8 Millionen Euro zu erhöhen, deutlich gemacht, dass wir in diesem Bereich - solide gegenfinanziert im Gesamthaushalt - einen zusätzlichen Schwerpunkt setzen wollen. Ich betone: nicht gegenfinanziert innerhalb des Einzelplans 11, sondern im Gesamthaushalt.

(D) Der zweite Bereich, auf den ich noch kurz zu sprechen kommen will, ist die Sprachförderung von Migrantenkindern. Der Kollege Mahlberg hat sie kurz erwähnt und im Zusammenhang mit der PISA-Studie ist das Thema schließlich Gemeingut geworden. Sogar der Ministerpräsident hat sich in dem Sinne eingelassen, man müsse da etwas tun. Und die Landesregierung "unternimmt" tatsächlich insofern etwas, als sie Mittelerhöhungen als einen Quantensprung verkauft.

Man muss aber wirklich einmal hinterfragen, für was die Mittel verwandt werden. Wir haben das im Ausschuss diskutiert, aber die Frage ist halb unbeantwortet geblieben, warum nämlich der Kern der Mittel für die Beschäftigung von Honorarkräften eingesetzt wird, die die eigentlichen Erzieherinnen und Erzieher in den Einrichtungen entlasten sollen, damit die sich der Sprachförderung zuwenden können. Pädagogisch ist es durchaus sinnvoll, die Stetigkeit in der Betreuung beizubehalten, aber mindestens genauso sinnvoll und erforderlich ist es, auf sehr breiter Ebene zunächst einmal das Know-how für die Vermittlung von Sprachkenntnissen bei den Erzieherinnen zu schaffen.

(Ministerin Gabriele Behler: Das ist aber schlau!)

(Christian Lindner [FDP])

(A) - Ja, das ist schlau, Frau Ministerin. Dann lassen Sie uns entsprechend handeln und die Mittel für die Fachberater in den Einrichtungen zweckgebunden für Fortbildung in diesem Bereich erhöhen. Wir haben das vorgeschlagen und wollten immerhin noch einmal 70.000 Euro mehr in den Haushalt einstellen, als Sie es mit Ihrem Erhöhungsvorschlag letztlich getan haben.

Dritter Punkt: Stichwort Innovation. Was könnte man tun? - Hier nenne ich den Begriff "Partizipation". Sie wissen, das ist eines unserer Schwerpunktthemen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Wir hätten uns gewünscht, auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die Kinderrechte in der Verfassung - einem Vorhaben, von dem wir hoffentlich noch ein schlechtes Ende abwenden können - mehr für die Partizipation zu tun. Sie selbst sagen: Wir wollen dafür werben und zeigen, welche Anstrengungen schon bestehen. Von einer institutionellen Verankerung will ich nicht einmal sprechen.

Ich komme zum Schluss. Keine Schwerpunktsetzung im Gesamthaushalt bei der Gegenwart und der Zukunft von Kindern und Jugendlichen! Kein klarer politischer Wille, die Ressortzusammenarbeit insbesondere im Bereich der Ganztagsbetreuung zu verbessern! Keine Innovation! Der Status quo wird schon als Fortschritt bezeichnet. Das geht so nicht!

(B)

Daher, meine Damen und Herren, keine Zustimmung der FDP-Fraktion zum Einzelplan 11 und zum Haushalt insgesamt. - Vielen Dank.

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Lindner. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort Frau Kollegin Koczy.

Ute Koczy (GRÜNE): Herr Präsident! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss vorab auf die Rede von Herrn Lindner und insbesondere auf seine Vorbemerkungen zu dem Vorredner Bernd Flessenkemper eingehen. Ich glaube, Sie waren da im falschen Film. Ich fand es durchaus gut, wie beide, sowohl Herr Mahlberg als auch Bernd Flessenkemper, inhaltlich entlang dem Haushalt argumentiert, sich auf Zahlen konzentriert, sie unterschiedlich dargestellt haben, während Sie, Herr Lindner, an den tatsächlichen Realitäten vorbei pauschal ein Fazit gezogen haben, das ich so überhaupt nicht nachvollziehen kann.

Dieser Haushalt hat Schwerpunkte, dieser Haushalt macht Kinder- und Jugendpolitik, und dieser Haushalt stellt die Weichen für eine Ganztagsbetreuung der Zukunft. Darauf sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Sie haben diese Wege überhaupt nicht erfasst und liegen deswegen weitab vom Schuss.

(C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsplanentwurf des Jugend- und Familienministeriums kündigte drastische Kürzungen an; das ist richtig. Dieses Jahr war es aber nicht so wie sonst, dass an vielen Stellen kleinere Summen eingespart werden sollten. Nein, diesmal konzentrierten sich die Kürzungen auf wenige Stellen, die dann aber ordentlich zu Buche schlugen. Ministerin Fischer - das haben wir im Ausschuss gehört - hat klar gestellt, dass diese Kürzungen aus finanzpolitischen und nicht aus inhaltlichen Gründen so sind, wie sie sind.

Noch einmal eine kurze Übersicht über die Kürzungen. Es waren massive Kürzungen bei den kommunalen Einrichtungen für Ehe-, Lebens- und Erziehungsberatung mit 8,2 Millionen Euro, bei den Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Landesjugendplan in Höhe von 12,15 Millionen Euro und dann noch bei den Zuschüssen, die arme Familien für Erholungsmaßnahmen in Anspruch nehmen können, in Höhe von 2 Millionen Euro vorgesehen. Das macht zusammen keine 50 Millionen Euro, wie von Ihnen behauptet.

(D)

(Christian Lindner [FDP]: Schauen Sie doch mal in den Haushaltsplanentwurf!)

Dabei habe ich die Unterhaltsvorschussgesetzgebung ausgeklammert. Sie allerdings, Herr Lindner, haben gerade den strategischen Fehler begangen, diese Gesetzgebung einzubeziehen, und nicht gehört, dass sogar Herr Mahlberg Zustimmung signalisiert hat, das Unterhaltsvorschussgesetz in anderer Weise zu organisieren. Darauf sind Sie aber nicht eingegangen und haben auch nicht erkannt, dass das Unterhaltsvorschussgesetz einen anderen Strang betrifft als die Kürzungen im Jugendhaushalt. Das bedauere ich sehr; denn dadurch ist ein ganz falscher Eindruck von den Kürzungen im Familienministerium ausgegangen.

Lassen Sie mich das vorwegnehmen: Die gute Nachricht ist die, dass wir diese Kürzungen wei-

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) testgehend zurückgeholt haben. Herr Mahlberg, Sie haben viel Zeit Ihrer Rede darauf verwandt darzustellen, wie sich diese Kürzungen auswirken werden. Sie haben damit sozusagen Eulen nach Athen getragen. Uns als Fachpolitikerinnen war das schon längst klar. Selbstverständlich haben die Fachpolitiker bei den Grünen und auch bei der SPD hart und intensiv daran gearbeitet, diese Kürzungen zurückzuholen. Insofern stimme ich auch dem Urteil meines Kollegen Flessenkemper zu: Das, was Sie über die Hälfte Ihrer Redezeit erzählt haben, war Schnee von gestern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die grüne Fraktion hat die meisten ihrer Ziele in den Haushaltsberatungen erreicht. Wir haben in manchen Bereichen sogar die Position der Opposition übertroffen. Das betrifft z. B. die Kinder- und Familienerholung oder die Familienselbsthilfe. Wir Grünen hatten uns zwar erhofft, dass die Kürzung bei der Kindererholung gänzlich zurückgeholt werden kann, aber nicht einmal die CDU und ebenso die FDP haben dazu Anträge gestellt. Das wollen wir doch einmal festhalten. Das ist doch bemerkenswert.

(Christian Lindner [FDP]: Wir setzen Prioritäten!)

- (B) Wir Grüne waren treibende Kraft hinter der Aufstockung bei der Sprachförderung für Migrantenkinder, bei der Förderung von Kindererholung, gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und Familienselbsthilfe. Damit haben wir Akzente im familienpolitischen Bereich gesetzt, die weit über das hinausgehen, was CDU und auch FDP hier beantragt haben. Insgesamt wurden in den Bereichen durch die rot-grünen Haushaltsverhandlungen knapp 22 Millionen Euro wieder in den Haushalt für Kinder, Jugend und Familie eingestellt. Ich denke, wir können davon reden, dass wir im Kinder- und Jugendbereich sehr erfolgreich waren.

Man kann aber auch hinzufügen: Wir sind mit einem blauen Auge davongekommen, weil es Kürzungen gab - das brauche ich nicht zu verschweigen. Trotzdem: Vor dem Hintergrund eines so schwierigen Haushaltes kann man darauf hinweisen, dass wir alles geschafft haben, was wir wollten.

Zum Landesjugendplan - um darauf noch einmal genauer einzugehen -: Die Kürzung bei den Trägern der offenen Tür ist zurückgenommen. Die

Kommunen können weiterhin mit den ausgewiesenen Mitteln des letzten Jahres rechnen. Ich will nicht verschweigen, dass wir im Rahmen der Haushaltsberatungen eine globale Minderausgabe in Höhe von über 2,1 Millionen Euro ausbringen mussten. Das ist uns sehr hart angekommen. Denn wir Grünen sehen im Landesjugendplan ein außerordentlich wichtiges Instrument der Jugendpolitik des Landes. Das Ministerium erhofft sich im so genannten Vollzug des Haushalts Einsparungen, sodass zunächst keine konkreten Programme Kürzungen erfahren. Das ist sicherlich eine optimistische Sichtweise, doch muss uns daran gelegen sein, flexibel zu reagieren, ohne Programme definitiv herunterzufahren. Das ist eine sehr kluge Strategie. Uns Grünen ist aber auch bewusst, dass es in den 90er-Jahren einen dramatischen Abbau der Angebote von Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit durch die Städte und Kommunen gegeben hat,

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

der sich meiner Meinung nach auf die Höhe von über 400 Millionen DM beläuft. Das ist eine ziemlich beeindruckende Zahl, während das Land seine Förderungen durch den Landesjugendplan in Höhe von 200 Millionen DM weiterhin als freiwillige Leistung fortgesetzt hat. Da bleibt die Opposition weit hinter dem zurück, was wir hier im Land machen und erreichen.

Zum Haushaltsplanentwurf sind - darüber ist schon viel gesagt worden - viele Zuschriften gekommen. Die erreichen uns auch, und ich bin sehr froh darüber, weil sie zeigen, dass wir eine lebendige und aktive Landschaft haben, die auch dazu beiträgt, die Diskussion hier im Landtag zu forcieren. Wenn es da eine gute Lobby gibt, die sich auf Ansprechpartner im Bereich Kinder- und Jugendpolitik berufen kann, und der Fachbereich Kinder- und Jugendpolitik daran arbeitet, die Kürzungen zurückzuholen, dann kann man sehr froh darüber sein, das geschafft zu haben. Dass es uns gelungen ist, hier aktiv die Befürchtungen der Landschaft aus dem Weg zu räumen, zu zeigen, dass Kinder- und Jugendpolitik im Land eine Lobby hat - auch hier im Landtag -, darüber können wir zufrieden sein.

Zur kommunalen Erziehungsberatung kann man nur die klare Botschaft hinausgeben: Die Kürzungen bei den Beratungsstellen sind zu 100 % zurückgenommen worden. Die Ehe-, Lebensberatungs- und Erziehungsberatungsstellen erfahren

(C)

(D)

(Ute Koczy [GRÜNE])

(A) keine Einschränkung im Haushalt 2002. Das ist wichtig für die Familienpolitik.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Wo kommen die Kürzungen her?)

Familienbezogene Selbsthilfe: Wir haben es geschafft, im Haushaltstitel "Zur Förderung innovativer Selbsthilfeverbände" eine Aufstockung von 129.000 Euro hinzubekommen. Wir sehen in der Familienselbsthilfe eine Möglichkeit der präventiven Unterstützung von Familien in jeweils spezifischen Lebenssituationen und eine Möglichkeit, die Selbstorganisation von Familien zu fördern. Damit können Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen verbessert und Eltern bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe entlastet werden.

Wenn Herr Mahlberg das Fazit zieht, dass dieser Haushalt insgesamt familienfeindlich ist, hat er einige Punkte schlichtweg verschlafen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Trotzdem hat er Recht!)

- Das sagen Sie jetzt einfach aus Opposition, Herr Arentz. Das sei Ihnen gegönnt. Aber inhaltlich können Sie uns in diesem Punkt nicht das Wasser reichen.

(B) (Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund: Herr Lindner hat dazu einige Positionen der FDP ausgeführt. Ich denke, es ist ganz wichtig, das im Landeshaushalt überhaupt anzugehen, und dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern auch etwas aufzuweisen haben. Dass wir das jetzt im Familienministerium zusammengeführt und dadurch eine kleine und deutliche Aufstockung hinbekommen haben, ist wichtig. Das ist in der Gesamtdiskussion - auch zu den Ergebnissen der PISA-Studie - eine vorausschauende Unterstützung gewesen, die weit reichende Folgen hat. Wir kämpfen natürlich darum, noch weitere Aufstockungen zu erhalten. Da können Sie sicher sein.

Jetzt habe ich die PISA-Studie schon erwähnt. - Kinderbetreuung: Die Gestaltung der Weiterentwicklung der Ganztagsbetreuung ist eine große Aufgabe der Koalitionsfraktionen sowohl im Elementar- als auch im Primarbereich. Klar ist - hier werden wir uns endgültig von veralteten Konzepten und Familienbildern lösen -, dass eine Weiterentwicklung des Angebots durch die öffentli-

che Hand hin zu ganztägigen Angeboten das Gebot der Stunde ist. (C)

Ich bin sehr froh, dass auch die Opposition - auch die CDU - die Zeichen der Zeit erkannt hat und bereit ist, über ihren Schatten zu springen - das hat sie schon gemacht -, und Konzepte entwickelt, mit denen wir landespolitisch vorangehen und wirklich etwas für die Kinder und Jugendlichen erreichen können. Das werden wir hoffentlich im nächsten Jahr diskutieren. Wir werden unsere Wünsche und Ziele Schritt für Schritt, Hand in Hand umsetzen, damit wir tatsächlich entlang der effektiven und effizienten Möglichkeiten, die wir durch diese Programme haben, erreichen können, dass wir die Ganztagsbetreuung zu einem echten Knaller in der Landespolitik Nordrhein-Westfalens machen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich hätte noch einige Punkte anzumelden, aber ich denke, mit diesem "Knaller" am Ende kann ich es gut sein lassen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Koczy. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Fischer das Wort. Bitte schön. (D)

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist meines Erachtens sehr typisch für die Opposition, ausschließlich über die Kürzungen zu reden, auch dann über Kürzungen zu reden, wenn sie zurzeit gar nicht mehr aktuell sind, wenn entsprechend andere Anträge hier auf dem Tisch liegen. Es ist aber noch typischer, nicht darüber zu reden, was denn mit einem Haushalt bewegt werden soll, was bewirkt werden soll, welche Politik mit einem Haushalt zielgerichtet gemacht werden soll. Das haben Sie weitgehend ausgeklammert.

Wir haben in diesem Haushalt - Kinder, Jugend, Familie - eindeutig Schwerpunkte gesetzt, auch trotz der ursprünglich vorgesehenen Kürzungen. Diese Schwerpunkte sind mit entsprechenden Erhöhungen verbunden gewesen, trotz der schwierigen Finanzsituation. Die Schwerpunkte liegen eindeutig im Bereich des Kindergartens, im Bereich der Ganztagsbetreuung, in der Entwicklung und im Aufbau eines Frühwarnsystems, sie

(Ministerin Birgit Fischer)

(A) liegen in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, z. B. bei den Schulmüden-Projekten und bei den Maßnahmen zur Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf, und sie liegen in der Familienpolitik, der Familienbildung und Familien-selbsthilfe mit dem Ziel, die Familien und ihre Erziehungskompetenz zu stärken.

Diese Schwerpunkte finden Sie in diesem Landeshaushalt trotz der schwierigen Finanzsituation, die wir haben, eindeutig wieder.

Herr Kollege Mahlberg, es ist spannend zu sehen, was alles auf Ihren Schreibtisch flattert. Ich kann allerdings das Niveau einer Haushaltsdebatte nicht erkennen, wenn Sie mir einen Antrag der Stadt Duisburg nennen, in dem diese eine Million DM von unserem Haus für die Sprachförderung fordert, und Sie mich anschließend fragen, was wir machen würden, wenn alle Städte diese Anträge stellen würden. Selbstverständlich können alle Städte diesen Antrag stellen.

Wir stehen allerdings eher in der Pflicht, kontinuierlich ein Programm aufzubauen, aber nicht einzelne Anträge zum Maßstab zu machen. Wir sollten vielmehr mit den Kommunen gemeinsam nach Lösungswegen suchen, wo Handlungsnotwendigkeiten bestehen.

(B)

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Aber Geld haben Sie nicht!)

An Ihren Ausführungen ist mir insbesondere aufgefallen, dass Sie nicht einmal mit einem Satz die kommunale Verantwortung erwähnt haben. Wir reden heute darüber, was in der kommunalen Selbstverwaltung geleistet werden muss, kann und soll und was spezifische Landesaufgaben sind. Gerade für diesen Haushalt kann man feststellen, dass das Land zunehmend Kosten und Aufgaben übernommen und mitfinanziert hat, die dem kommunalen Bereich und der kommunalen Selbstverwaltung zuzuordnen und zuzurechnen sind.

Das Land tut dies, um Entwicklungen anzustoßen, um vorhandene Problembereiche aufzugreifen und durch Best-Practise- oder Good-Practise-Modelle Beispiel zu geben, wie eine Weiterentwicklung in den Fachpolitiken möglich ist. Das ist richtig. Sich allerdings als Kommune auf einen festen Landessockel zu verlassen, mit dem sie immer rechnen könne, ist ein Verständnis der kommunalen Selbstverwaltung, das ich in dieser

Form nicht mittragen kann. Aufgabe der Landespolitik ist es, Schwerpunkte zu setzen, um auch in der Kommunalpolitik vor Ort Weiterentwicklungsmöglichkeiten über die Landesebene anzustoßen.

Im Jahr 2002 haben wir einen Haushalt in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, bei dem uns weitgehend Mittel wie im vergangenen Jahr zur Verfügung stehen. Wir haben eindeutig Schwerpunkte gesetzt; ich habe sie eben genannt.

Kritisch wurde eben von der Opposition angemerkt, wir würden schon den Bestandsschutz als Erfolg ansehen. - Ja, den sehe ich sehr wohl als Erfolg an. In einer Situation, in der die Landesfinanzen insgesamt zurückgehen, sind selbstverständlich Mittel, die in diesem Bereich weiterhin zur Verfügung stehen und uns die Möglichkeit geben, Schwerpunkte zu setzen und die Politikbereiche weiterzuentwickeln, ein riesengroßer Vorteil, Herr Lindner. Das muss ich sehr deutlich sagen. Ich bin sehr froh darüber, dass dies mit diesem Haushalt gelungen ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Als zuständige Ressortministerin begrüße ich die Absicht des Parlaments, über die Änderungsanträge diese Mittel aufzustocken.

(D)

Aber das kann und darf uns - und das sage ich auch sehr deutlich - nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im Verhältnis zu den Oppositionsfractionen auch durchaus Trennendes gibt. Viele Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind auch von den beiden Oppositionsfractionen unterstützt worden. Gleichwohl betone ich nochmals: Es gibt Gemeinsamkeiten, aber es gibt auch Trennendes, und auch darauf möchte ich hinweisen.

Wenn wir nämlich über soziale Gerechtigkeit reden, können wir nicht nur über den Haushalt für Kinder, Jugend und Familie reden, sondern dann erinnere ich an die Überschrift, die bei uns über dem gesamten Haushalt der Landesregierung steht. Der Finanzminister sagt nämlich: ein Haushalt für die Zukunft unserer Kinder.

Und dies ist ein Haushalt für die Zukunft unserer Kinder. Man darf sich nicht nur einzelne Ressorts vornehmen, sondern man muss die gesamte Landespolitik im Blick haben. Soziale Gerechtigkeit lässt sich nämlich nicht an einigen Einzelplänen

(Ministerin Birgit Fischer)

(A) ablesen. Soziale Gerechtigkeit ist ein ganzheitlicher Maßstab.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Gerhard Papke [FDP]: "Soziale Gerechtigkeit ist ein ganzheitlicher Maßstab" - was soll das denn heißen?)

Dieser Maßstab muss sich in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Kinder-, Jugend- und Familiepolitik sowie bei der inneren Sicherheit und erst recht in der Bildungspolitik wiederfinden.

Diese einzelnen Politikfelder miteinander auszutariieren, damit sich ein sozial gerechtes Gesamtbild ergibt, ist eine urpolitische und - gerade in haushaltspolitisch ernsten Zeiten - sehr schwierige Aufgabe. Die Findung dieser Balance der sozialen Gerechtigkeit hat zu vielen Diskussionen innerhalb meiner Fraktion und auch in den Koalitionsfraktionen geführt.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Friktionen!)

Das war eine Kernaufgabe des Haushaltes. - Da möchte ich in Richtung der FDP sagen: Die eine Hand scheinbar schützend über Familien und Kinder zu halten, mit der anderen Hand aber ganze Bergbauregionen in das Verderben zu stürzen, passt nicht zusammen.

(B)

(Christian Lindner [FDP]: Das ist nachhaltig!)

Das ist weder sozial noch gerecht noch familienfreundlich.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Noch eine Ministerin für Steinkohle!)

Eine zweite Anmerkung: In der Presse konnte man mehrfach lesen, dass sich Herr Rüttgers darüber empört habe, vieles bei den Haushaltsberatungen sei unfair und ungerecht. Da kann ich nur sagen: Das hat ausgerechnet Herr Rüttgers gesagt, ausgerechnet ein ehemaliges Mitglied der Bundesregierung, die jahrelang eine Politik gegen Familien betrieben hat, bis sie endlich durch das Bundesverfassungsgericht gestoppt wurde.

(Zurufe von der CDU - Christian Lindner [FDP]: Sie haben das ja bullig verändert!)

Ich will nur noch einmal daran erinnern - und deswegen erwähne ich es im Zusammenhang mit unseren jetzigen Haushaltsberatungen -: Allein im Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen fehlen im kommenden Jahr knapp 3 Milliarden Euro. Das ist

Geld, das den Steuerzahlern und insbesondere den Familien durch Reformen des Bundes zugute kommt. Insgesamt hat die SPD-geführte Bundesregierung die Familienförderung um 8,7 Milliarden Euro auf insgesamt 48,6 Milliarden Euro aufgestockt.

(C)

(Christian Lindner [FDP]: Und die Ökosteuer eingeführt!)

Das sind Mittel, die den Familien sowie den Kindern und Jugendlichen zugute kommen. Auch das muss man mit ins Kalkül ziehen: Das ist zwar ein Teil unserer schwierigen Haushaltssituation, die wir haben, aber es kommt eindeutig den Kindern, der Jugend und den Familien zugute.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Kommt auch die Ökosteuer? - Renate Drewke [SPD]: Ja!)

Diese Reform finde ich gerecht und fair, meine Damen und Herren. Deshalb haben wir diese Reform auch als Land Nordrhein-Westfalen unterstützt, und deshalb nehmen wir jetzt auch die Konsequenzen in Kauf.

Ich füge noch etwas an: Wir werden in den kommenden Monaten sehr genau beachten, wie sich die Kommunen, in denen die CDU die Mehrheit hat, verhalten werden. Bereits jetzt gibt es erste Hinweise, dass kommunale Zuschüsse für Jugendeinrichtungen gestrichen werden, obwohl die Landeszuschüsse unverändert bleiben werden.

(D)

(Gerda Kieninger [SPD]: So ist es!)

An diesem praktischen Handeln werden wir Sie messen und nicht an Ihren wohlfeilen Erklärungen in der Presse.

Während der Haushaltberatungen ist deutlich geworden, dass vieles, was an Kürzungen in der Kommune vorgenommen wurde, auf das Land geschoben wurde. Wir werden sehen, ob die Beibehaltung der Mittel jetzt dazu führt, dass ein entsprechender Schwerpunkt für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik auch in den Kommunen Platz greifen wird.

Ich möchte noch einmal sagen, worauf es uns beim Haushalt Kinder, Jugend und Familie ankommt. Es geht nämlich um den Versuch, gerechte Chancen und Teilhabemöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Familien zu organisieren. Das heißt, es geht einerseits um Hilfen, andererseits aber auch um die Unterstützung und Stärkung der Familien, Kinder und Jugendlichen. Wir setzen einmal bei Defiziten an - und darum leisten wir

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) auch Hilfen -, wir setzen gleichzeitig aber bei den Rahmenbedingungen an und gestalten sie; das bedeutet eine Stärkung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Nur heiße Luft!)

Der Kindergarten spielt sicherlich eine große Schlüsselrolle, wenn wir über Bildungschancen reden. Wir wissen, dass Bildung zunehmend der Schlüssel für Teilhabe und Bildungschancen jedes Einzelnen ist. Der Kindergarten hat dabei eine wichtige Aufgabe. Bildung ist der Schlüssel zu individuellen und gesellschaftlichen Chancen und auch der Schlüssel für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft.

(Christian Lindner [FDP]: Deshalb reduzieren Sie Personal!)

- Nein, wir haben da kein Personal reduziert; betreiben Sie keine Legendenbildung, Herr Lindner. Ganz im Gegenteil, wir haben die Mittel für den Kindergartenbereich erheblich aufgestockt. Das wissen Sie.

Sie wissen auch, dass wir ein Kindergartengesetz mit der Maßgabe beschlossen haben, dass es um die inhaltliche Weiterentwicklung der Arbeit im Kindergarten geht. Das heißt, Fragen der Medienkompetenz, Fragen der Sprachförderung spielen eine zentrale Rolle im Kindergartenbereich. Die Vorbereitung auf die Schule in Zusammenarbeit mit den Grundschulen ist eine Aufgabe, der sich die Kindergärten heute stellen, die aber zunehmend wichtiger wird und in der nächsten Zeit von noch größerer Bedeutung sein wird.

- (B) Dies sind Schwerpunkte, die wir gesetzt haben, auch mit Blick auf Kinder, die sozial benachteiligt sind. Gerade darum reden wir über ein soziales Frühwarnsystem, das zurzeit aufgebaut wird, um Kinder frühzeitig zu erreichen und frühzeitig zu versuchen, erkennbar werdende Defizite auszugleichen, diese Kinder zu fördern und zu unterstützen und nicht erst zu warten, bis sich die Probleme bei Kindern und Jugendlichen manifestiert haben.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Ministerin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Zwei Sätze noch!

(C) Zum frühzeitigen Ansatz gehört auch das, was wir in der Jugendarbeit und in der Jugendsozialarbeit praktizieren, durch die Schulmüden-Projekte, durch die Werkstattprojekte für Jugendliche. Wir warten eben nicht, bis Jugendliche zunächst gescheitert sind, sondern wir versuchen schon bei drohenden Problemen und Schwierigkeiten anzusetzen. Die Programme und Maßnahmen, die wir in diesem Bereich eingerichtet haben, die nach wie vor ein Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung sind, gehören zu einem Erfolgsprogramm. Die Maßnahmen sind wirksam - das ist nachweisbar -, und sie sollen auch weiterhin ein Schwerpunkt der Landespolitik in diesem Bereich sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin Fischer. - Meine Damen und Herren, zum Teilbereich b) - Jugend und Familie - liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zum Teilbereich

c) Gesundheit

(D) Als erster Redner hat Herr Henke für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Rudolf Henke (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen! Meine Herren! Wir diskutieren heute den Einzelplan 11 des Haushalts 2002. Innerhalb dieses Einzelplans ist jetzt das Thema Gesundheit aufgerufen.

Wir haben den Einzelplan im Ausschuss in seinen Einzelheiten sorgfältig erörtert. Die CDU hat ihre Kritik an dem Entwurf von Anfang an deutlich vorgetragen. Details lassen sich in den Protokollen nachlesen. In einer Reihe von Fragen haben wir den Haushalt durch von uns mitgetragene, zum Teil auch im Ausschuss völlig einvernehmlich gefasste Beschlüsse ein kleines bisschen verbessert:

Das gilt für die Prävention, Beratung, Hilfe und Pflege bei Aids; die Mittel wurden wieder auf das Niveau des Jahres 2001 gebracht. Das gilt weiter für die Unterstützung der ambulanten Hospizdienste, die deshalb gut und wichtig ist, weil wir da-

(Rudolf Henke [CDU])

(A) mit auch die Wertentscheidung zum Ausdruck bringen, dass wir sterbenden Menschen, schwerstkranken Menschen helfen wollen und die Lösung nicht darin sehen, sie aktiv zu töten. Das gilt auch für die Beibehaltung der Mittel für Krebsberatungsstellen, die von Krankenkassen, Land und Kommunen kofinanziert werden - die Landesregierung hatte ursprünglich vorgeschlagen, dass nicht Mittel wie im vergangenen Jahr eingestellt werden sollten -, das gilt für die Stärkung der Selbsthilfestrukturen für Modellprojekte in Prävention und Gesundheitsförderung, und das gilt auch - die Volumina sind alle nicht so riesig - für das außerstationäre Versorgungsangebot im ambulanten und komplementären psychiatrischen Bereich. Das gilt ebenso für die Absenkung des Zuschusses an das Staatsbad in Bad Oeynhausen, wo wir den Ausgleich von Betriebsverlusten einstimmig um 100.000 Euro verringern.

Gleichwohl bleiben etliche Fragen noch offen, und ich kann nicht sagen, dass die Ausschussberatungen in jedem Punkt absolute Klarheit gebracht hätten. Vielleicht wird das hier aber in der einen oder anderen Frage heute noch geschehen.

(B) Ich fange einmal mit einem Punkt an, der ein bisschen in das Überschneidungsfeld zwischen unserem Einzelplan 11 und Teilen des Einzelplans 03, Innenministerium, fällt; das ist das Vorgehen bei Großschadensereignissen. Im Ausschuss haben wir eine Diskussion über die Frage geführt, wie wir uns eigentlich auf potenzielle Großschadensereignisse vorbereiten. Anlass dafür war bei uns die Dotierung der Position im Haushalt, mit der wir die Arzneimittelbevorratung in Krankenhäusern finanzieren, die Arzneimittelbevorratung für Großschadensereignisse. Diesen Haushaltstitel verändern wir ja nicht. Das bedeutet natürlich, dass wir an dieser Stelle veränderten Herausforderungen nicht mit Antworten begegnen können, die von den bisherigen Antworten abweichen.

Ich will darauf jetzt, nachdem die Ministerin in der Ausschußdiskussion auf die Möglichkeit von Nachtragshaushalten und andere Möglichkeiten, damit bei neuen Herausforderungen haushaltstechnisch umzugehen, hingewiesen hat, nicht im finanztechnischen Sinne eingehen, aber die Kostendämpfung im Gesundheitswesen hat zu einer starken Reduzierung der Zahl der Krankenhäuser und damit zu einem erheblichen Abbau von Betten geführt. Dieser Bettenabbau geht weiter. Die Vorhaltung von Arznei- und Verbandmitteln beschränkt sich nach Abbau der Vorratslager des

Zivilschutzes auf aktuelle Lagerbestände der Offizin- und Krankenhaus-Apotheken und einschlägiger Großhandlungen; öffentliche Notfallrettung und Krankentransport müssen ihre Kapazitäten auf die alltäglichen Schadensereignisse begrenzen. Wir haben auch keine Klarheit darüber, ob und wie in Deutschland z. B. bei einem Schadensereignis mit 1.000 bis 5.000 Verletzten diese Menschen medizinisch erstversorgt, koordiniert, zielgerichtet in geeignete Kliniken transportiert und dort hinreichend medizinisch versorgt werden könnten.

Ein solches Konzept brauchen wir ergänzend zu dem, was wir für kleinere Schadensereignisse haben. Es ist im Ausschuss vorgetragen worden, dass es Gespräche beim Bundesministerium für Gesundheit mit den Ländern gibt. Es wäre gut, wenn wir als Parlament auf dem aktuellen Stand gehalten würden.

Bekämpfung der Suchtgefahren: Auch über diesen Punkt werden wir uns hier durch Abstimmung noch einmal eine Meinung bilden müssen. Die Ansätze im Suchtbereich werden wieder gekürzt. Sie haben zwar noch eine Milderung der Kürzungen beschlossen, aber es bleibt bei einer Kürzung. Wir haben 110.000 Tabaktote im Jahr in Deutschland, wir haben 40.000 Alkoholtote im Jahr in Deutschland, wir haben allein 3.000 Alkoholembryopathien bei neugeborenen Kindern, die wegen schwerer geistiger oder körperlicher Behinderungen infolge des Alkoholkonsums ihrer Mütter im Laufe der Schwangerschaft auf Hilfe angewiesen sind.

40 Milliarden DM Folgekosten bei Alkohol, 80 Milliarden DM Folgekosten bei Tabak, 13 Milliarden DM Folgekosten bei den illegalen Substanzen! 1,2 Milliarden DM allein für die Alkoholwerbung, und wir haben hier eine Diskussion um die Frage, mit welchen Beträgen wir in der Suchtpolitik Prävention ermöglichen!

Ich bitte wirklich, unseren äußerst bescheidenen Anträgen zu folgen und das noch ein bisschen aufzustocken. Frau Ministerin Fischer, Sie haben dankenswerter Weise in dieser Woche in einer Pressekonferenz eine kleine Kampagne vorgestellt, in der Sie in einigen Städten das Thema Alkohol aufgreifen wollen. Man muss sich einfach nur klar sein: 1,2 Milliarden DM Werbemittel, die die Alkoholindustrie bereitstellt, um Alkohol zu verbreiten. Gemessen an dem ist es ein "Winz-Antrag", unser kleiner und bescheidener Antrag,

(C)

(D)

(Rudolf Henke [CDU])

- (A) ein bisschen mehr bei der Prävention zuzulegen, ein Antrag, bei dem ich nicht verstehen kann, dass Sie ihn im Ausschuss ablehnen. Das ist verantwortungslos und nicht richtig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es gibt einen weiteren Bereich, komplementäre ambulante Dienste, bei dem Sie genau wie bei der nur gemilderten Absenkung der Fördermittel für die aktivierende Erholung der alten Menschen mit geringem Einkommen im Grunde nach dem Prinzip handeln: Wir verlagern Aufgaben auf die Kommunen. Das ist schlimm. Sie bedienen sich bei anderen.

Auf das Versagen Ihrer eigenen Wirtschaftspolitik, auf die Einnahmeausfälle durch die Selbstständigenlücke, auf die Einnahmeausfälle durch steigende Arbeitslosigkeit, auf die von Ihrer Politik mit bewirkte Rezession reagieren Sie durch den Griff in die Taschen anderer, indem Sie die Kommunen belasten. Das gilt in diesen Feldern; das gilt auch in dem Feld der Krankenhausförderung, in dem Sie Investitionsmittel jetzt durch Verpflichtungsmächtigungen erfreulicherweise steigern.

- (B) Aber wie finanzieren Sie es? Sie finanzieren es dadurch, dass Sie den Raum der Kommunen, ihre Aufgaben, ihre Leistungen zu erbringen, dadurch reduzieren, dass Sie einen erheblichen Teil, nämlich 20 % dieser Fördermittel, über eine Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes sogar auf Dauer den Kommunen aufladen. Das ist schlimm. Das zeigt, dass Sie im Grunde genommen handlungsunfähig geworden und am Ende sind. Mit einer solchen Politik, die die Schäden der eigenen haushaltsmäßigen Unbeweglichkeit durch den Griff in fremde Taschen zu kompensieren versucht, sehen Sie meiner Meinung nach wirklich alt aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Herausforderungen für das Gesundheitswesen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten werden steigen. Man wird sie nur bewältigen, wenn man sie offen benennt. Die größten Herausforderungen sind der demographische Wandel zur Gesellschaft des langen Lebens und der ungebrochene und sich zum Teil sogar weiter beschleunigende medizinische Fortschritt.

Neben all den Details, die wir diskutiert haben, halte ich es für das Schlimmste an Ihrer Politik,

(C) dass Sie so kritiklos gegenüber dem sind, was rot-grüne Gesundheitspolitik in Berlin exerziert. Sie betreiben hier über die Landesregierung eine Legitimation der Politik, die die Schröder-Regierung in Berlin im Gesundheitsbereich betreibt. Das ist mein politischer Vorwurf.

Wir reden - das hat auch die Einbringungsrede von Frau Staatssekretärin Prüfer-Storcks, die wir zugeleitet bekommen haben, in den Haushaltsdiskussionen gezeigt - über das gesamte Feld der Gesundheitspolitik in dieser Debatte. Die Bilanz der Berliner Gesundheitspolitik ist verheerend.

(Beifall bei der CDU)

(D) Denn diese Bilanz ist dadurch gekennzeichnet, dass die Beitragssätze steigen, die Einnahmen der Krankenkassen durch den Griff in deren Taschen erodieren, weil Sie nämlich einen Verschiebebahnhof in Gang setzen, der den Eichelchen Etat und den Etat der anderen Sozialversicherungszweige dadurch entlastet, dass Sie bei den Krankenkassen zugreifen. Bürokratie und Bevormundungen explodieren. Das Leistungsversprechen der gesetzlichen Krankenversicherungen wird an vielen Stellen gebrochen. Exzellente Beschäftigungschancen in der Jobmaschine Gesundheitswesen werden vertan. Und zu all dem sagen Sie überall, wo Sie können, ja.

Das Schlimme ist, dass die Mittel, die zur Verfügung stehen, auch noch dadurch eingeschränkt werden, dass über sehr viele Einzelregelungen - da haben Sie auch Mitverantwortung durch Ihre Tätigkeit im Bundesrat - Geld in Bürokratie, in Verwaltungskosten fließt. Wir schätzen die Verwaltungskosten bei der gesetzlichen Krankenversicherung und den Leistungserbringern auf 20 bis 30 Milliarden DM.

Da nutzen Sie Ihren Gestaltungsraum als Landesregierung des stärksten Bundeslandes im Bundesrat überhaupt nicht aus. Sonst könnte ein Fallpauschalengesetz, so wie es morgen auf den Weg gebracht wird, nicht auf den Weg gebracht werden - mit den verheerenden Regelungen im Bereich der zusätzlichen Bürokratie, was die Einführung des DRG-Systems angeht, und mit dieser kleinen und winzigen Trostpflasterei, was die Frage der Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 3. Oktober 2000 zum Einsatz von übermüdeten Kräften im Krankenhaus angeht.

(Rudolf Henke [CDU])

(A) Es ist unverantwortlich zuzulassen, dass in einem Krankenhaus in einer Kinderchirurgie eine chirurgische Ärztin 24 Stunden am Stück im Einsatz ist

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

und nach diesen 24 Stunden am Stück weiter arbeitet. Das ist eine Situation, die in Nordrhein-Westfalen durch Gerichtsbeschlüsse wie den des Arbeitsgerichtes Herne von dieser Woche korrigiert werden muss. Das ist eine Unentschlossenheit an dieser Stelle, mit der ich nicht einverstanden bin.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Rudolf Henke (CDU): Ich meine, dass Sie Ihren gesamten Handlungsraum auch bei der Debatte über bundespolitische Vorhaben nutzen müssen, meine Damen und Herren.

Zu den Anträgen: Die CDU-Fraktion bittet darum, dass Sie in diesen wichtigen Bereichen den Haushalt noch ein Stück weiter verbessern. Ich bin gespannt, wie Sie abstimmen werden, und danke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(B)

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Henke. - Für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Scheffler das Wort.

Michael Scheffler (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, mich in meinem Beitrag auf den Einzelplan 11 zu beschränken und nicht die bundespolitische Diskussion weiterzuführen, die Kollege Henke entfacht hat. Herr Kollege Henke, ich will nur eines dazu sagen, was Ihnen sicherlich nicht gefallen wird: Egal, ob es Frau Bundesministerin Fischer war oder jetzt Frau Bundesministerin Schmidt ist - beide waren damit beschäftigt, den Schutt wegzuräumen, den Herr Seehofer in der Gesundheitspolitik hinterlassen hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das müssen wir Ihnen immer wieder ins Stammbuch schreiben. Das gefällt Ihnen nicht.

(C)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Die alte Leier wird nicht besser!)

- Kollege Arentz, die alte Leier ist leider immer noch gültig. Sie wissen doch genau, warum Sie die Bundestagswahlen verloren haben, nämlich weil Sie in der Gesundheitspolitik nichts mehr hintereinander bekommen haben. Deswegen muss die Koalitionsregierung in Berlin das wegräumen, was Sie an Scherben hinterlassen haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zum Einzelplan 11: Ich will festhalten, dass die Koalitionsfraktionen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen auch des Einzelplanes 11 Gestaltungskraft bewiesen und trotz der schwierigen Haushaltslage deutliche Verbesserungen für die Gesundheits- und Altenpolitik in Nordrhein-Westfalen erreicht haben.

Die breite Liste der Zustimmung der Opposition, die Kollege Henke eben vorgetragen hat, hat deutlich gemacht, dass wir als Parlamentarier sicherlich auf dem richtigen Weg waren und sind.

Meine Damen und Herren, in den zurückliegenden Monaten hat die Neuaufstellung des Krankenhausplans für Nordrhein-Westfalen immer wieder im Zentrum der gesundheitspolitischen Diskussion gestanden. Ich erinnere daran, dass die Kassen in Westfalen-Lippe das Beske-Gutachten und die Krankenhausgesellschaft und die Ärztekammern ein Gutachten für Nordrhein-Westfalen vorgelegt haben.

(D)

Ich will Ihnen ehrlich sagen, dass ich Anfang des Jahres kaum damit gerechnet habe, dass sich alle Beteiligten auf gemeinsame Grundsätze und einvernehmlich auf Eckwerte für eine landesweite Anpassung der Bettenzahl verständigen würden. Daher will ich heute ausdrücklich begrüßen, dass hier ein Konsens unter der Moderation des Gesundheitsministeriums erzielt werden konnte und die Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen auf dieser Basis weiterentwickelt werden kann.

Auf der Grundlage der vorgelegten Rahmenvorgaben für die Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen können eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur und stabile Versorgungsangebote auf hohem Niveau entwickelt werden. Dies hat der Präsident der Krankenhausgesellschaft,

(Michael Scheffler [SPD])

(A) Dr. Rudolf Kösters, festgestellt und angefügt: Ein Bettenkahlschlag in Nordrhein-Westfalen konnte verhindert werden. Dies ist ein entscheidendes Ergebnis.

Meine Damen und Herren, ich will mich bei den Mitgliedern des Landesausschusses für Krankenhausplanung ausdrücklich bedanken. Jede Seite hat sich in diesen Gesprächen bewegt. Ich meine, das ist ein gutes Signal für die nun anstehenden regionalen Verhandlungen. In den nächsten Monaten gilt es, die regionalen Planungskonzepte vor Ort zu vereinbaren. Die Letztverantwortung - das wissen wir aus dem Krankenhausgesetz - wird beim Gesundheitsministerium liegen.

Im Haushalt 2002 werden für die Investitionen in unseren Krankenhäusern 406 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das sind 8 Millionen Euro mehr als im Jahre 2001. Viel wichtiger aber ist, dass die Verpflichtungsermächtigungen um etwa 56 % oder 92 Millionen Euro angehoben werden. Dies ist ein deutlicher Beitrag für die Qualitätssteigerung und die Qualitätssicherung unserer Krankenhäuser. Ich denke, auch im Hinblick auf die Einführung der DRGs machen wir sie hier ein Stück weit zukunftsfest. Mit den Mitteln, die zur Verfügung stehen - wenn die Zahlen, die ich gehört habe, stimmen -, werden rund 60 Projekte im Land finanziert werden können. Ich glaube, auch dies ist ein gutes Signal für unsere Krankenhäuser.

(B)

Heute Morgen ist schon diskutiert worden, dass sich die Kommunen an dieser Finanzierung beteiligen müssen. Diese Beteiligung war in der Vergangenheit durchaus Praxis in Nordrhein-Westfalen und ist auch in anderen Bundesländern üblich. In Bayern und Hessen beteiligen sich die Kommunen mit 50 % und im Saarland mit 33,3 % an den Krankenhausinvestitionen. Woanders ist dies natürlich nicht schlimm, es ist nur in Nordrhein-Westfalen dramatisch.

Meine Damen und Herren, für uns als SPD-Landtagsfraktion werden in der Krankenhausplanung und der Krankenhauspolitik weiterhin drei Faktoren im Vordergrund stehen: Wohnortnähe, Qualität der Versorgung und Wirtschaftlichkeit.

Die Mittel für die Altenpflegeausbildung in Nordrhein-Westfalen haben wir im Haushalt 2002 um 0,8 Millionen Euro gesteigert. 25.000 bis 30.000 Fachkräften stehen in Nordrhein-Westfalen etwa 11.000 Ausbildungsplätze gegenüber.

Dies ist bundesweit ein einmaliges Verhältnis und besser als 3 : 1.

Ich will die Zahlen nennen: Wir hatten in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2000 3.200 Plätze, im Jahre 2001 haben wir 3.724 Plätze und im Jahre 2002 fast 3.900 Plätze einschließlich der Plätze nach Sozialgesetzbuch III zur Verfügung.

Ich will dazu noch eines sagen: Wenn der Freistaat Bayern nicht gegen eine bundeseinheitliche Altenpflegeausbildung vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt hätte, wären wir in diesem Jahr einen entscheidenden Schritt bei der Qualitätssicherung und Verbesserung der Altenpflegeausbildung vorangekommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich finde es sehr bedauerlich, dass auch die CDU-Fraktion im Parlament zu diesem für mich unglaublichen Vorgang schweigt, wo sie sich doch sonst immer als Anwalt der Pflegebedürftigen und Kranken in unserem Lande hervortut.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich denke, diese Obstruktionspolitik hätte auch von Ihnen geißelt werden müssen.

Bei den komplementären ambulanten Diensten bleibt es bei der im Zuge der Haushaltsplanberatung 2001 gegebenen Zusage. Die vereinbarte Ausfinanzierung in Höhe von 25 % der ursprünglichen Landesfinanzierung findet sich in unseren Haushaltsanträgen wieder. Ich mache deutlich: Wir erwarten eine entsprechende Kofinanzierung der Kreise und Kommunen. Dies ist im Landespflegegesetz so verabredet gewesen. Es entspricht auch dem Bundespflegeversicherungs-gesetz - § 9 -, dass die Strukturen über die eingesparten Mittel der Sozialhilfe finanziert werden müssen. Man kommt sich an diesem Punkt vor wie eine tibetanische Gebetsmühle. Trotzdem sage ich noch einmal: Das ist ein Gesetz, das Norbert Blüm geschrieben hat. Sie sollten sich an die Gesetze, die Sie selber verabschiedet haben, halten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, für die Altenerholung haben wir 2,3 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Dies ermöglicht auch in diesem Jahr besonders bedürftigen älteren Menschen einen Erholungsurlaub. Davon profitieren insbesondere ältere Frauen mit geringem Einkommen oder geringer Altersversorgung.

(C)

(D)

(Michael Scheffler [SPD])

(A) Es ist gut, dass über die Arbeit der ambulanten Hospizdienste im Parlament Einigkeit besteht. Wir wollen die Arbeit in diesem Jahr zusätzlich mit 100.000 Euro unterstützen. In Nordrhein-Westfalen existieren mittlerweile 230 Hospiz- bzw. Hausberatungsdienste, 35 stationäre Hospize sowie 15 Palliativstationen mit insgesamt 108 Betten.

Der erste Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz, Hartmut Uebach, hat vor einigen Wochen betont, dass hiermit in Nordrhein-Westfalen eine Infrastruktur geschaffen worden sei, auf die kein anderes Bundesland zurückgreifen könne. Diesen Weg werden wir auch in Zukunft fortsetzen, damit Menschen mit weit fortgeschrittenen Erkrankungen und begrenzter Lebenserwartung in ihrer letzten Lebensphase begleitet werden können und ihnen ein würdevolles Sterben ermöglicht wird.

Für Maßnahmen in der Titelgruppe 81 stehen fast 3,7 Millionen Euro zur Verfügung. Mit diesen Mitteln wird ein breites und vielfältiges bürgerschaftliches Engagement unterstützt.

Mit 250.000 Euro soll die Arbeit der unabhängigen Patientenberatungsstellen, insbesondere der Krebsberatungsstellen, fortgeführt werden.

(B) Mit der Vorlage des zweiten Teils des Landesprogramms gegen Sucht macht Nordrhein-Westfalen die Bekämpfung der Glücksspielsucht bundesweit erstmals zu einem Schwerpunkt der Drogen- und Suchtpolitik. Ziel ist, die Vorbeugung und Hilfsangebote in Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln. Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Maßnahmen für Kinder und Jugendliche gelegt. Für die überwiegende Zahl der Glücksspielsüchtigen beginnt die Suchtkarriere im Kindes- und Jugendalter.

Sehr geehrter Herr Kollege Henke, Sie haben eben die Mittel der Alkoholindustrie und die Werbemittel angesprochen. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich halte es da wie im Umweltbereich mit dem Verursacherprinzip. Ich meine, wer dafür sorgt, dass Kindern und Jugendlichen über die Werbung Alkoholkonsum schmackhaft gemacht wird, der sollte - ich habe das hier im Plenum schon des Öfteren gesagt - auch mit einer entsprechenden Abgabe belegt werden. Wer für Werbung Geld ausgibt, muss auch für Prävention Geld haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Rahmen der Landeskampagne "Sucht hat immer eine Geschichte" werden zu diesem Bereich Informations- und Unterrichtsmaterialien entwickelt sowie besondere Aufklärungsaktionen innerhalb und außerhalb der Schulen durchgeführt. Ich begrüße, dass im Haushalt die Einrichtung und Finanzierung einer Landesfachstelle für Glücksspielsucht sowie der drei Schwerpunktberatungsstellen in Neuss, Herford und Unna vorgesehen sind.

Für die Bekämpfung der Suchtgefahren stehen wie im Haushaltsjahr 2001 im kommenden Jahr fast 14,2 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können die Vorhaben der Landesprogramme gegen Sucht umgesetzt werden. Mit diesen Landesprogrammen wird die Bekämpfung der Sucht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert. Sie umfasst legale, illegale, stoffgebundene und nichtstoffgebundene Süchte. Alle verantwortlichen Institutionen, die sich mit der Entstehung, Bekämpfung und Bewältigung von Sucht befassen, tragen dieses Konzept gemeinsam. Ich glaube, das ist für die vor uns liegende Arbeit und Aufgabe ganz wichtig.

Der Haushalt 2002 und die Anträge der Koalition für den Einzelplan 11 machen deutlich, dass wir auch unter schwierigen Rahmenbedingungen Politik gestalten, fortentwickeln und neue Schwerpunkte setzen wollen und können. Auch in der Gesundheits- und Altenpolitik können sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen auf die SPD, auf die Koalition verlassen. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu der Beschlussempfehlung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Scheffler. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Dr. Pavlik das Wort. Bitte schön.

Dr. Jana Pavlik (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich brauche an dieser Stelle nicht erneut auf die Grundproblematik und die Unsicherheitsstufe 1 des vorgelegten Haushalts einzugehen. Meine eigene Fraktion und die Kollegen der Opposition insgesamt haben ausreichend die allerhöchste Bedenklichkeit des ungesicherten Zahlenwerkes betont. Aber dass ein Haushaltsentwurf auf so schwachen Füßen steht,

(C)

(D)

(Dr. Jana Pavlik [FDP])

(A) dass man sich bei jedem, auch dem kleinsten Änderungsvorschlag bange fragen muss, ob damit nicht das Fass der mangelnden Konsolidierung überläuft, ist schon nahezu beispielhaft, allerdings in abschreckendem Sinne.

Für das Gesundheitswesen und für die Gesundheitspolitik bedeutet das im Grunde exakt die Wiederholung dessen, was ich bereits im letzten Jahr angemerkt habe. Der Einzelplan 11, der die Einzelpositionen Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit umfasst, hat ein Gesamtvolumen von weit weniger als 2 Milliarden Euro. Das sind noch keine 4 % des Gesamtetats. Für den Detailhaushalt Gesundheit bleiben weniger als 2 % am Gesamthaushalt.

Vor einigen Monaten konnte man in den Medien lesen, dass bei einer Befragung der bundesdeutschen Bevölkerung über 70 % der Befragten der Ansicht waren, die Gesundheit sei das allerwichtigste und allergrößte Gut in ihrem Leben. Diesen hätte man sofort sagen sollen: Für euch Ja, aber nicht für die nordrhein-westfälische Landesregierung, wenn man vom Stellenwert der entsprechenden Etatpositionen ausgeht. Da bildet die Gesundheit eine Marginale, eine Fußnote der Landespolitik, einzuordnen unter "Ferner liefern". Gegenüber dem Vorjahr wurde diese Marginalie noch einmal gekürzt. Warum auch nicht? Es schreit ja kaum einer aus der Landespolitik, wenn es um Gesundheitsfragen geht, weil es ja so einfach ist, weite Teile der Gesundheitsverantwortung in die Zuständigkeit des Bundes zu schieben und sich damit aus dem Schneider der Verantwortlichkeit vor Ort zu katapultieren.

(B)

Was aber Fakt ist, muss betont werden. Das gesamte Gesundheitswesen immer nur und ausschließlich unter dem Aspekt der Kosteneinsparung behandeln oder gar reformieren zu wollen, hat zu dem geführt, was Sie, meine Damen und Herren, immer noch bestreiten und was Ulla Schmidt zurückweist wie der Teufel den Segen, nämlich dass wir in Wirklichkeit bereits in eine Zwei-Klassen-Medizin eingetreten sind, in eine Zwei-Klassen-Gesundheitsversorgung, in eine Zwei-Klassen-Krankenhaus- und Pflegeversorgung.

Die Ministerin hatte vor Wochen angekündigt: Die Investitionen zur Gesundung der Krankenhaushaushalt werden in erheblichem Maße erhöht, um rund 500 Millionen Euro. Damit würden die Krankenhäuser nicht nur in den Stand gesetzt,

ihrem Versorgungsauftrag optimal gerecht zu werden, sondern auch befähigt, nach dem neuen Abrechnungsmodus in den nächsten Jahren in Konkurrenz untereinander treten zu können, um dadurch die bestmögliche Patientenversorgung zu sichern. (C)

Dieser Erhöhungstropfen von 500 Millionen Euro verzichtet sofort angesichts der dringenden Investitionsanforderungen, die den Bezirksregierungen vorliegen. Nicht einmal 10 % von diesen können berücksichtigt werden. Hier brüstet man sich mit einer Mangelabspeisung, um glauben zu machen, wie toll unsere Krankenhäuser sind oder werden. Der Besuch in manchen Krankenhäusern kann einem heilsam die Augen öffnen, wenn man sich die Situation dort ansieht.

Marode Bausubstanz, verdünnter Pflegedienst, genervtes Personal, auf den Fluren abgestellte Patienten - kurzum: Frust bei allen. Wenn hier nicht viel mehr getan wird, als die angekündigten 500 Milliönchen zu investieren, greifen die Krankenhäuser zu rabiaten Selbsthilfemaßnahmen. Gelackmeiert ist der, der weniger bezahlen kann als ein Privilegierter aus dem öffentlichen Dienst.

Ich habe noch andere Beispiele für die Folgen, die aus Kürzungen des sowieso schon ganz gering angesetzten Gesundheitshaushalt resultieren. Ich war vor drei Wochen von AOL auf ein virtuelles Internetpodium eingeladen, um mit zu diskutieren über das Thema Aids: Aufklärung, Vorsorge, Verhütung und Behandlung. Dabei stellte sich heraus, dass entgegen landläufiger Meinung jedes Jahr etwa 2.000 neue Fälle in Deutschland zu registrieren sind. Fast sämtliche öffentliche Gelder zur Prävention und Aufklärung sind versiegt. Auch im vorliegenden Haushalt wurden die Zuschüsse für die Aidshilfe gekürzt. Die Folge wird sein: Man spart Geld, um als Konsequenz aus mangelnder Information, Aufklärung und Vorsorge die Kassen - oder bei schlechter Soziallage der Betroffenen die Sozialämter - zu belasten. Wer bei Aufklärung und Vorsorge spart, zahlt am Ende drauf. (D)

Aber wie soll man bei einem solchen Mini-Etat für Gesundheit langfristige Gesundheitsvorsorge planen? Ich nenne als Stichwort Prävention oder Vorbeugung. Dies wird von der Landesregierung landauf, landab berechtigterweise propagiert. Ich unterstütze das z. B. im Bereich der Krebsvorsorge mit Überzeugung.

(Dr. Jana Pavlik [FDP])

(A) Wie aber sieht die Prävention etwa im Bereich der Frauengesundheit und da konkret bei der Krebsvorsorge an der Basis aus? - Das rigorose Verhalten der Kassen zwingt die Frauenärzte, notwendige und regelmäßig vorzunehmende Mammographien als eine hervorragende Präventionsmaßnahme nicht oder kaum noch vorzunehmen, es sei denn, der Patient zahlt selber. Folge: Diese wirklich effektive Präventionsmaßnahme ist für große Teile der Frauen zusammengebrochen. Der schwarze Peter der Kostenübernahme wird permanent zwischen Kassen und Ärzteschaft hin- und hergeschoben.

Diese Art von vermeintlicher Sanierung des Gesundheitswesens führt zu dem, was ich oben bereits gesagt habe: Wir sind mitten in einer Zwei-Klassen-Medizin. Keiner wagt es auszusprechen, aber Betroffene wissen es.

Was hat das mit Nordrhein-Westfalen zu tun? - Sehr viel! Solange wir als Verantwortliche für das Gesundheitswesen vor Ort neben unseren aktuellen Tagesgeschäften nicht gemeinsam Druck auf die Bundespolitik machen, endlich eine wirkliche Reform einzuleiten und durchzusetzen, hängen wir immer nur am Fliegenfänger der bloßen Mittelverteilung.

(B) Der nächste Problembereich, der dringend angegangen werden muss und der auch in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit immer stärker debattiert wird, ist der konsequente Ausbau der palliativ- medizinischen Versorgung einschließlich der gezielten Ausbildung von Palliativmedizinern. Es ist nicht einzusehen und finanziell nicht tolerabel, dass Patienten im Finalstadium über einen längeren Zeitraum teure Akutbetten belegen, in denen sie einfach falsch aufgehoben sind. Es wäre zu überlegen, ob nicht in jedem Krankenhaus einige Betten allein für eine Palliativversorgung vorgehalten werden sollen, und zwar abgekoppelt von den teureren Betten der Hochleistungsmedizin.

Von der Palliativmedizin ist es nur ein Schritt zur Hospizbewegung. Diese lebt auf weiter Strecke von der großen Bereitschaft zahlreicher Ehrenamtlicher. Ich habe mich in der letzten Woche mit allen Vertretern der neuen Hospizeinrichtungen getroffen, um deren Basiserfahrungen zu hören. Wenn jetzt auch noch aufgrund eines Bundesgesetzes der Personalkostenzuschuss für den Koordinator entfällt, weil er nicht gleichzeitig auch

ausgebildete Pflegekraft ist, wird das große Engagement der weitgehend ehrenamtlich geführten Hospizeinrichtungen überzogen. Wie sollen sie eine Fachpflegekraft als Koordinator finanzieren können? (C)

Die Mittelerrhöhung im Titel 684 81 ist vor diesem Hintergrund zu begrüßen. Wie aber profitiert man konkret vor Ort davon? Der größte Teil aus der Erhöhung des Mittelansatzes geht wieder an ein wissenschaftliches Begleitprojekt. Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir geradezu das Bedürfnis der Entstehung von wissenschaftlichen Begleitprojekten - übrigens auf allen Ebenen - provozieren. Was alles wissenschaftlich untersucht und begleitet werden muss, wäre eine Untersuchung auf Effektivität hin wert. Wir müssen dringend überlegen, wie eine qualitätsvolle flächendeckende Hospizarbeit praktisch umgesetzt, motiviert, organisiert und finanziert werden kann, und zwar großzügig.

Eine letzte Anmerkung zur absolut unzulänglichen Pflegesituation in Pflege- und Altenheimen. Der vorgegebene Personalschlüssel reicht hinten und vorne nicht aus.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Pavlik, Ihre Redezeit ist beendet. (D)

Dr. Jana Pavlik (FDP): Ich bin gleich fertig.

Er reicht nicht aus, um auch nur halbwegs eine patientengerechte Pflege zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, all diesen dringenden Problemen soll ein Etatansatz im Gesundheitswesen dienen, den ich zu Beginn als eine Marginalie in der nordrhein-westfälischen Politik bezeichnet habe. Die Menschen im Lande werden dies zu spüren bekommen. Weil es uns um das Grundanliegen der Bürger geht, können wir einen solchen Etat nicht gutheißen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Dr. Pavlik. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Steffens das Wort.

(A) **Barbara Steffens (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mich erstaunen die Haushaltsreden der Opposition schon. Man könnte nämlich zum einen das Gefühl haben, beide Vortragenden liefen sich - weil bundespolitische Themen angesprochen werden - für ihre Bundestagskandidatur warm. Aber nach allem, was ich bisher gehört habe, scheint das nicht der Fall zu sein. Das wiederum würde mich zum anderen nur zu dem Schluss führen, dass Sie mit dem, was wir in diesen Haushaltsberatungen zur Gesundheitspolitik konkret vorschlagen, überwiegend doch zufrieden sind. Ansonsten hätten Sie vielleicht mehr zur Landespolitik als zur Bundespolitik geredet.

Ich könnte aber auch auf Ihr Verhalten während der Haushaltsplanberatungen in den Ausschüssen zu sprechen kommen. An vielen Stellen geißeln Sie, was wir alles nicht gemacht haben, wo es Defizite gibt. Festzustellen aber bleibt: Das Volumen der Änderungsanträge von Rot-Grün zum Haushaltsentwurf liegt weit über dem, was Sie für diesen Bereich fordern.

Die Gesundheitspolitik ist in etlichen Punkten kritisiert worden. Aber konkrete Änderungen haben Sie im Beratungsverfahren nicht vorgeschlagen.

(B) Auch gibt es keine Anträge jenseits des Haushalts, die auch nur in Ansätzen konstruktiv nach vorne gerichtet wären. Auch dort muss ich das selbe feststellen wie gestern zum Einzelplan 15: Sie halten Schein- und Schaufensterreden. Um den Inhalt geht es Ihnen überhaupt nicht.

In der Drogen- und Suchthilfe fordern Sie eine Mittelaufstockung, die über das hinausgeht, was die Koalitionsfraktionen vorschlagen. Vergewöhnigt man sich allerdings, um wie viel Millionen Euro wir den ursprünglichen Ansatz aufgestockt haben und was über die Oddset-Wetten gerade für den Bereich der Glücksspielsucht eingestellt worden ist, kann man unter dem Strich - auch vor dem Hintergrund, dass einige geplante Modellprojekte in dem Umfang nicht zustande gekommen sind - erkennen: Diese Summe reicht für die Maßnahmen, die notwendig sind, aus. Ich wäre trotzdem jederzeit dazu bereit, den Ball aufzufangen, den der Kollege Scheffler eben gespielt hat: Im Zusammenhang mit der Prävention bei Glücksspielsucht gilt das Verursacherprinzip. Mittel aus der Oddset-Wette müssen entsprechend eingesetzt werden. Ich fände es hervorragend, wenn man die Tabak- und die Alkoholindustrie viel stärker als bisher in den Ansatz der Prävention ein-

binden würde. Das könnte in Nordrhein-Westfalen in viel weitreichenderem Maße ein fraktionsübergreifendes Projekt werden.

(Unruhe - Glocke)

In Fragen der Gesundheitspolitik kann ich Ihre Kritik vielfach überhaupt nicht nachvollziehen. Wir haben eine Aufstockung des Haushaltstitels zur Aidsbekämpfung vollzogen. Der Ansatz ist damit überrollt worden. Wir und nicht die Opposition haben bei den Krebsberatungsstellen, den Hospizen und den Gesundheitsselbsthilfeeinrichtungen die Mittel wieder aufgestockt. Dieser Antrag ist von uns gekommen. Außerdem haben wir uns für eine Verbesserung der Versorgung im ambulanten und komplementären psychiatrischen Bereich sowie den Ausbau des außerstationären Bereichs und damit für eine Weiterentwicklung des außerstationären Versorgungsangebotes eingesetzt und die Mittel aufgestockt.

Überhaupt nicht verstehen kann ich, was Sie in der Seniorenpolitik vorschlagen. Gut, es gibt eine Forderung im Zusammenhang mit den komplementären ambulanten Diensten. Beim Einzelplan 15 haben Sie das nicht gemacht. Hier haben Sie dann zumindest einen Aufstockungsantrag gestellt. Aber alles andere, was wichtig wäre - z. B. die Altenpflegeausbildung - lassen Sie außen vor. Und das, obwohl sich der Kollege Arentz noch am Tag der ersten Haushaltsberatung hier hingestellt und die Defizite bei der Ausbildungsplatzversorgung angemahnt hat. Vonseiten der Opposition ist aber nichts gekommen. Die Zahl der Ausbildungsplätze haben wir von den Koalitionsfraktionen erhöht. Die Opposition hat sich demgegenüber noch nicht einmal die Zeit genommen, einen Änderungsantrag zu formulieren.

Darüber hinaus haben wir die Mittel für die Seniorenfreizeiten aufgestockt und auf 90 % des vorherigen Ansatzes hochgefahren. Die Koalitionsfraktionen und insbesondere wir Grünen zeigen damit deutlich, dass für uns die Altenpolitik, die Gesundheitspolitik und die Sorge für die Menschen, die suchtgefährdet sind, und weitere Einzelgruppen im Vordergrund stehen. Wir waren nämlich in diesen Bereichen in der Lage, Geld in die Hand zu nehmen, Mittel umzuschichten und Deckungsvorschläge zu unterbreiten. Wir haben diesen Bereichen den Stellenwert gegeben, den sie verdienen.

Mit den Änderungsvorschlägen und der Summe, die Sie eingebracht haben, wären viele der Projek-

(C)

(D)

(Barbara Steffens [GRÜNE])

(A) te, die wir im Haushalt angepackt haben, nicht machbar. Vieles würde den Bach runtergehen. Und trotzdem stellen Sie sich hier hin und werfen uns vor, wir würden eine sozial schwache Politik machen.

Gucken Sie lieber in den Spiegel und sehen Sie sich Ihre eigenen Anträge an! Sehen Sie, was wir an Änderungsvorschlägen gemacht haben und wie im Gegensatz dazu Ihre Politik hier im Lande aussehen würde.

Mein Fazit: Ich verstehe, warum Sie zur Bundespolitik geredet haben. Denn bei den Anträgen, die Sie gestellt haben, wäre mir das an Ihrer Stelle auch peinlich. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Steffens. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Fischer das Wort. - Bitte schön.

Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit: Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Ich muss zugeben, dass man bei diesen Haushaltsplanberatungen vor Überraschungen nicht sicher ist. Herr Kollege Henke und Frau Kollegin Pavlik, ich hätte seitens der Oppositionsfraktionen mit so viel verstecktem Lob in Bezug auf diesen Haushalt eigentlich nicht gerechnet.

(B)

Ich kann nur feststellen, dass Sie so gut wie nichts zur Landespolitik, geschweige denn zum Landeshaushalt gesagt, sondern sich sehr stark auf die Bundespolitik konzentriert haben. Aus meiner Sicht kann ich daraus nur schlussfolgern, dass es eine weit gehende Übereinstimmung zu dem gibt, was wir in der Gesundheitspolitik für das Land Nordrhein-Westfalen geplant haben.

Herr Kollege Henke, Sie haben wenige Beispiele genannt wie etwa die zunächst vorgenommene Kürzung in der Selbsthilfe und im Hospizbereich. Wenn das wirklich Kritik sein sollte, so haben Sie ein Eigentor geschossen. Denn ich konnte in den Haushaltsplanberatungen sehr gut begründen, dass es dort zunächst bundesrechtliche Änderungen geben sollte, die es möglich gemacht hätten, diese Mittel einzusparen. Solche bundesrechtlichen Änderungen hat es dann aber nicht gegeben. Infolgedessen sind die Mittel wieder vorgeesehen, sodass es keinerlei Veränderungen für die

Selbsthilfe oder den Hospizbereich gibt, zumindest keinerlei Verschlechterungen, sondern eher Verbesserungen.

(C)

Ich möchte als weiteres Beispiel das Verhalten bei Großschadensereignissen ansprechen, auf das Sie eingegangen sind. Nordrhein-Westfalen ist bei der Zusatzbevorratung von Arzneimitteln bundesweit als beispielhaft herausgestellt worden. Diese Aufgabe erledigen bei uns die Krankenhäuser. Alle anderen Länder nehmen sich Nordrhein-Westfalen als Beispiel und versuchen, eine entsprechende Bevorratung auch an Krankenhäusern aufzubauen, gerade weil das Verfahren in Nordrhein-Westfalen so beispielhaft ist. Da wir Krankenhäuser haben, die die Zusatzbevorratung für uns übernehmen, ist auch gewährleistet, dass Arzneimittel für einen Großeinsatz bzw. Großschadensereignisse zur Verfügung stehen. Wir benötigen dafür gegenwärtig keine Mittel im Haushalt, weil diese bereits über die Zusatzbevorratung, die wir zurzeit in den Krankenhäusern haben, verankert sind.

Sie haben in dem Zusammenhang den Rettungsdienst angesprochen. Auch dazu kann ich Ihnen sagen, dass wir mit dem Rettungsdienst in Nordrhein-Westfalen bereits die Nagelprobe hinter uns haben. Beispielsweise das Großschadensereignis von Brühl hat deutlich gezeigt, dass wir gut für solche Großschadensereignisse gerüstet sind und dass wir die Verletzten, die Patientinnen und Patienten, mit unserem Rettungsdienst in Nordrhein-Westfalen hervorragend versorgen können. Also auch dieses Beispiel kann ich nur als positiv zurückspiegeln. Ich kann nicht erkennen, welche Relevanz das für den jetzigen Haushalt hätte haben sollen.

(D)

Als weiteres Beispiel sprechen Sie die Alkoholwerbung bzw. die Kampagne an, die wir als Landesregierung auf den Weg gebracht haben, um auf einen Verzicht bzw. darauf hinzuwirken, dass Alkohol problembewusst konsumiert wird, zwar als Genussmittel, aber so, dass Alkohol nicht übermäßig konsumiert wird.

Wenn Sie dagegenhalten, dass 1,2 Milliarden in Werbung investiert werden, und Sie fragen, was eine solche Kampagne soll, dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass diese Kampagne keine reine Werbekampagne ist, sondern dass diese Kampagne mit Personal und mit Aktionswochen in einzelnen Städten, mit Einrichtungen, mit Vereinen und mit Verbänden und Initiativen arbeitet. Es finden Projekttag und Projektwochen in Schu-

(Ministerin Birgit Fischer)

(A) len statt. Gerade das könnte den Erfolg dieser Kampagne ausmachen und nicht die Plakate an sich, auch wenn diese immer notwendig sind. Aber Plakate alleine machen die Kampagne sicherlich nicht aus.

Ich möchte das Stichwort Plakate in dem Zusammenhang aber gerne noch einmal aufgreifen. Wie vorhin schon bei einem anderen Tagesordnungspunkt erwähnt, fällt auf, dass die CDU versucht, in allen Einzelplänen 70 % Kürzungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit vorzuschlagen. Zu welchen Kapriolen Sie mit solchen Beispielen imstande sind, möchte ich Ihnen gerne auch an diesem Einzelplan verdeutlichen, über den wir gerade reden. Das Papier ist leider geduldig, geduldiger als die Realität. Ehrlich gesagt, habe ich aber mehr mit der Realität zu tun. Darum möchte ich auf dieses Missverhältnis gerne hinweisen.

In meinem gesamten Haushalt Kinder, Jugend, Familie und Gesundheit werden im kommenden Jahr 1,8 Millionen Euro für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen. Allein für den Bereich der Aufklärungs- und Präventionsarbeit in der Sucht- und Drogenpolitik sind 637.000 Euro vorhanden. Wenn die Kürzungsvorschläge der CDU-Fraktion Realität würden, hätte ich für meinen gesamten Haushalt - nicht nur für die Sucht- und Drogenpolitik - 550.000 Euro zur Verfügung, also weniger, als ich allein für die Drogen- und Suchtpolitik im Präventionsbereich brauche.

(B) Ich frage mich in der Tat, wie glaubwürdig Aussagen der CDU sind, die behaupten, sie wollten Präventionskampagnen, die Präventionskampagnen seien noch viel zu klein, sie müssten viel größer sein. Die CDU stellt mir aber für den Sucht- und Drogenbereich allein weniger Geld zur Verfügung, als ich jetzt schon habe. Das ist unstimmig. Da stimmt etwas nicht. Ich bitte dringend darum, solche Anträge noch einmal zu überprüfen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es verwundert glaube ich nicht, dass die Koalitionsfraktionen diesen Anträgen nicht zustimmen können.

Es ist mir noch einmal wichtig, insgesamt auf den Krankenhausbereich hinzuweisen. Herr Kollege Henke, was der Bettenabbau im Rahmen der Krankenhausplanung mit der Kostendämpfung zu tun hat, müssten Sie wirklich noch einmal darstellen. Wir wissen übereinstimmend, dass sich

(C) im gesundheitlichen, im medizinischen und im medizinisch-technischen Bereich in den vergangenen Jahren sehr viel verändert hat. Wir wissen genau, dass die Inanspruchnahme der stationären Behandlung erheblich zurückgegangen ist. Unsere Möglichkeiten, Patientinnen und Patienten ambulant zu behandeln, sind erheblich angestiegen. Die Verweildauern in den Krankenhäusern sind kürzer geworden. Viele Krankheiten können inzwischen ambulant behandelt werden. Reha-Maßnahmen setzen sehr viel früher an. Das heißt, die Notwendigkeit und der Bedarf an stationären Leistungen ist erheblich zurückgegangen.

Wir haben aufgrund der demographischen Entwicklung ein ganz anderes Problem. Wir haben einen viel höheren Bedarf im Pflegebereich, aber mit Sicherheit nicht im Bereich der stationären Unterbringung. Das heißt, wir müssen unseren Krankenhausbereich eindeutig neu strukturieren, um den tatsächlich vorhandenen Anforderungen gerecht zu werden und um Einsparmöglichkeiten dort zu nutzen, wo tatsächlich Betten und stationäre Leistungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr benötigt werden.

Der Krankenhausbereich ist eindeutig ein sehr zentraler Bereich. Sie wissen alle, dass wir in der Endphase der Aufstellung der Rahmenvorgaben für den neuen Krankenhausplan sind. Wir wollen damit eindeutig strukturelle Voraussetzungen für eine bessere medizinische Qualität auf der einen Seite und für eine wohnortnahe Versorgung auf der anderen Seite schaffen. Das werden wir bei der Umsetzung des Krankenhausplanes im kommenden Jahr sicherstellen.

(D) Nun zur finanziellen Förderung der Krankenhäuser, die heute mehrfach erwähnt wurde und die in der letzten Zeit auch eine große Rolle in den unterschiedlichsten Veröffentlichungen gespielt hat. Auch da muss man sagen, dass die Veröffentlichungen allerdings häufig nicht viel mit der Realität zu tun hatten. Darum möchte ich gerne noch einmal darstellen, was im Haushaltsplan tatsächlich verankert ist.

Der Regierungsentwurf sieht für die Krankenhausförderung im kommenden Jahr Barmittel in Höhe von insgesamt 484 Millionen Euro vor. Das sind 20 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Weiterhin sieht der Haushalt Verpflichtungsermächtigungen für die mögliche Bewilligung neuer Baumaßnahmen vor. Dieser Ansatz ist gegenüber dem Ansatz des Vorjahres von 163,6 Millio-

(Ministerin Birgit Fischer)

- (A) nen Euro um 92 Millionen Euro auf 255,6 Millionen Euro erhöht worden.

Das heißt schlicht und ergreifend, dass wir im Krankenhausbereich einen Zuwachs bei den uns zur Verfügung stehenden Mittel haben, der mehr als die Hälfte der Mittel ausmacht, die uns 2001 zur Verfügung standen. Hier wird also nichts gekürzt, es wird nichts gestrichen. Ganz im Gegenteil: Dieser Landeshaushalt setzt ein ganz klares Signal für die Zukunftsfähigkeit der Krankenhaushauslandschaft.

Das ist umso wichtiger, weil die Wettbewerbsfähigkeit der Krankenhäuser natürlich bei der Umstellung des Finanzierungssystems auf die Fallpauschalen von sehr großer Bedeutung für die einzelnen Krankenhäuser ist. Darum bin ich sehr froh darüber, dass es uns mit diesem Haushalt gelingt, dieses eindeutige Signal für die Krankenhäuser zu setzen. Wir haben die Möglichkeit, Akzente beim Ausbau der Krankenhäuser zu setzen, sowohl bei einer Weiterentwicklung hin zu einer gemeindenahen Psychiatrie als auch durch die Einrichtung von Tageskliniken und insbesondere auch durch die Verbesserung der Funktionsbereiche wie beispielsweise bei den Operationsräumen und bei den Intensiveinheiten.

- (B) Das alles hält die CDU nach wie vor nicht davon ab, einen existenzgefährdend Investitionsstau auch in diesem Bereich an die Wand zu malen. Wir haben dieses Thema diskutiert. Ich habe Ihnen anhand von Zahlen erklärt, dass dies alles nicht stimmt. Darauf will ich jetzt im Detail nicht noch einmal eingehen. Aber eines verwundert mich trotzdem. Darum merke ich das hier an: Wenn Sie tatsächlich der Meinung wären, es gebe diesen Investitionsstau, dann müssten sich die Anträge auf meinem Schreibtisch häufen.

Ich kann Ihnen sagen, die vorliegenden Anträge haben keinen maßgeblich höheren Umfang als in den Vorjahren. Das allein ist mit Sicherheit kein Indiz für einen Investitionsstau.

(Zuruf von Hermann-Josef Arentz [CDU])

Dass Sie selber noch nicht einmal daran glauben, Herr Kollege Arentz, sieht man deutlich daran, dass Sie in diesem Bereich im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht einen einzigen Antrag gestellt haben. Auf der einen Seite etwas anzuprangern, was jeglicher Realität entbehrt, und gleichzeitig keine Anträge zu stellen, das ist, glaube

- (C) ich, ein sehr durchsichtiges Manöver, was man eindeutig feststellen kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bedauere es, dass wir heute in den Haushaltsberatungen nicht dazu gekommen sind, noch einmal ausdrücklich zu betonen, dass wir sehr stolz auf die Haushaltsansätze im Bereich der Seniorenpolitik sind

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Stolz!)

und dass wir im Maßregelvollzug sowohl für die neuen Standorte als auch für den weiteren Ausbau der bestehenden Standorte sowie für Nachsorgemaßnahmen Mittel zur Verfügung haben. Ich glaube, dass wir dort einen wichtigen Beitrag leisten für die Weiterentwicklung der Behandlungsmöglichkeiten und insbesondere auch für die Sicherheitsmaßnahmen in diesem Bereich.

Dieser Haushaltsplan im Gesundheitsbereich kann sich sehen lassen. Ich weise noch einmal auf das indirekte Lob der Oppositionsfraktionen hin und bedanke mich recht herzlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Ministerin Fischer. - Wir sind damit am Ende der Beratungen zum Einzelplan 11.

Ich lasse **abstimmen** zum **Einzelplan 11**, und zwar zunächst entsprechend der Übersicht über die Änderungsanträge mit den **Nummern 106 bis 126**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/1994** - Stichwort: Kürzung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU-Fraktion und FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/1995** - Stichwort: Kürzung der Mittel für Veranstaltungen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und zwei

(Vizepräsidentin Edith Müller)

(A) Stimmen der CDU-Fraktion bei überwiegender Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Bei wenigen Anwesenden!)

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/1996** - Stichwort: Reduzierung des Ansatzes. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/1997** - Stichwort: Erhöhung der Mittel für das Projekt ausstiegswilliger Prostituiertes. Wer stimmt dafür? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/1998** - Stichwort: Intensive Sprachförderung von Migrantenkindern. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

(B)

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2048** - Stichwort: Verbesserung der Sprachkompetenz von Migrantenkindern. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2049** - Stichwort: Unterhaltsleistungen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Die **Änderungsanträge** unter den Nummern 113 und 114 sind **zurückgezogen**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache**

che 13/2050 - Stichwort: Reduzierung der Mittel für Ganztagsbetreuung. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

(C)

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2051** - Stichwort: Anpassung der Kosten für Veröffentlichungen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2001** - Stichwort: Erhöhung der Zuweisungen für Tageseinrichtungen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2052** - Stichwort: Reduzierung der Ansätze. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

(D)

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2054** - Stichwort: Erhöhung der Mittel zur Durchführung von Veranstaltungen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2053** - Stichwort: Erhöhung der Mittel für Veröffentlichungen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2056** - Stichwort: Reduzierung der Mittel für Veranstaltungen. Wer stimmt zu? - Wer

(Vizepräsidentin Edith Müller)

(A) stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2002** - Stichwort: Erhöhung der Zuschüsse an die Träger. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag** unter der Nr. 123 ist **zurückgezogen**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2057** - Stichwort: Reduzierung der Mittel für Gerontologie e. V. Dortmund. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

(B) Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/2004** - Stichwort: Erhöhung der Mittel für Bekämpfung von Suchtgefahren. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Als letzten Antrag rufe ich den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/2005** zur Erhöhung der Mittel für Bekämpfung von Suchtgefahren auf. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 11 entsprechend der **Beschlussempfehlung in Drucksache 13/1811** abstimmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **angenommen**.

Vielen Dank, meine Damen und Herren, auch für diese disziplinierte Abstimmung.

Ich rufe **Nummer 2** auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (C)

Einzelplan 14 umfasst die Teilbereiche a) Städtebau und Wohnen, b) Kultur und c) Sport.

Ich weise erstens auf die Beschlussempfehlung in Drucksache 13/1814 und zweitens auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP unter den Nummern 94 bis 105 der Tischvorlage hin.

Ich eröffne die Beratung zunächst zum Teilbereich

a) Städtebau und Wohnen

Als erster Redner hat Herr Schulte für die Fraktion der CDU das Wort.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach nachvollziehbaren Erkenntnissen der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes hat sich die entspannte Lage auf den Wohnungsmärkten in Nordrhein-Westfalen weiter stabilisiert. Das drückt sich darin aus, dass die Zahl der wohnungssuchenden Haushalte in diesem Jahr wieder das niedrige Niveau der 80er-Jahre erreicht haben wird. Das drückt sich auch darin aus, dass ein größeres Wohnungsangebot und eine sehr moderate Mietendynamik die Wohnungssuche und den Wohnungswechsel für infrage kommende Haushalte erleichtern. Das ist die positive Seite der Situation. (D)

Die Kehrseite ist dadurch gekennzeichnet, dass wir weiterhin einen deutlichen Rückgang der Bautätigkeit zu verzeichnen haben. Die drastischen Einbrüche bei den Baugenehmigungen nehmen mittlerweile Besorgnis erregende Größen an. Im Geschosswohnungsbau müssen wir einen Rückgang von 25 % feststellen. Die damit einhergehenden Rückgänge bei der Wohnungsbauförderung sind entsprechend.

Bei den Ein- und Zweifamilienhäusern ist die Zahl der Fertigstellungen zwar noch stabil; neuerdings ist aber ein Genehmigungsrückgang in Höhe von mittlerweile rd. 20 % zu verzeichnen. Das veranlasst mich zu der Feststellung, dass auch der